



jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus



קהילת ברלין

JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN

Tätigkeitsbericht:

Auswahl an Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

2008 - 2010

1. AUFGABEN DES JFDA	4
2. VERANSTALTUNGEN UND KOOPERATIONEN IM RAHMEN DER ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG	5
PROJEKTPRÄSENTATION: „20 JAHRE WIEDERVEREINIGUNG – 20 JAHRE JÜDISCHE ZUWANDERUNG AUS DER EHEMALIGEN SOWJETUNION“	6
PODIUMSDISKUSSION: NEUER ANTISEMITISMUS – FORSCHUNGSSTAND UND TENDENZEN	7
GEGENKUNDGEBUNG ZUM AL-QUDS-TAG 2010	8
TAGESSEMINAR ZUR POLITISCHEN BILDUNG ALS KOOPERATIONSVERANSTALTUNG ZWISCHEN DER LANDESPOLIZEISCHULE (ZSE IV C 15) UND DER JGzB	9
PODIUMSDISKUSSION: DELEGITIMIERUNGSKAMPAGNEN GEGEN ISRAEL UND DER NEUE ANTISEMITISMUS.....	10
"ALLTAG IM GELOBTEN LAND" - GESPRÄCH MIT ULRICH SAHM	11
PODIUMSDISKUSSION: DEUTSCHLAND UND IRAN – EINE VERHÄNGNISVOLLE FREUNDSCHAFT?	13
PODIUMSDISKUSSION: ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE NEUE BUNDESREGIERUNG	16
PODIUMSDISKUSSION: DER GOLDSTONE-REPORT UND SEINE FOLGEN	18
GEGENKUNDGEBUNG "AL QUDS"-TAG 2009	19
PODIUMSDISKUSSION: NAZIKOLLABORATEURE IN DER 3. WELT UND IHRE DEUTSCHEN APOLOGETEN AM BEISPIEL DES NAHEN OSTENS	20
PODIUMSDISKUSSION: 100 TAGE NACH DEN KOMMUNALWAHLEN IN SIEBEN BUNDESLÄNDERN: HANDLUNGSSTRATEGIEN IM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN IN KOMMUNALEN GREMIEN	21
PODIUMSDISKUSSION: WESTLICHE DEMOKRATIEN, IRAN UND DIE VERHINDERUNG VON VÖLKERMORD	22
PODIUMSDISKUSSION: ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND - EINE ZENTRALE HERAUSFORDERUNG FÜR STAAT UND GESELLSCHAFT	23
PODIUMSDISKUSSION: DEMOKRATIEN UND UN-MENSCHENRECHTSDEBATTE	24
ÖFFENTLICHEN SITZUNG DES JÜDISCHEN FORUMS FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN ANTISEMITISMUS.....	25
SOLIDARITÄT MIT ISRAEL – STOPPT DEN TERROR DER HAMAS – SUPPORT ISRAEL	26
PODIUMSDISKUSSION: WIEDERERÖFFNUNG DER ZERSTÖRTEN AUSSTELLUNG	27
PODIUMSDISKUSSION: “WENN FUßBALL KEINEN SPAß MEHR MACHT, SONDERN ZUR BEDROHUNG WIRD.“ – ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS IM FUßBALLSTADION”	28
TAGUNG „ISLAMISCHER ANTISEMITISMUS“ UND „ISLAMOPHOBIE“	30
GRÜNDUNG DES „JÜDISCHEN FORUMS FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN ANTISEMITISMUS“	32
3. PRESSEMITTEILUNGEN (AUSWAHL)	33
7. FEBRUAR 2011: STELLUNGNAHME ZUM FILM „TAL DER WÖLFE – PALÄSTINA“	34
25. JANUAR 2011: BRANDANSCHLAG IN GOSEN BEI ERKNER	35
23. JUNI 2010: IN HANNOVER STEINWÜRFE AUF JÜDISCHE TANZGRUPPE	36
3. JUNI 2010: STELLUNGNAHME DER JÜDISCHEN GEMEINDE ZU BERLIN ZUM ZWISCHENFALL VOR DER KÜSTE GAZAS.....	37
2. JUNI 2010: AUFRUF ZUM MORD AN JUDEN.....	38
17. MAI 2010: BRANDANSCHLAG AUF SYNAGOGE IN WORMS: ABSCHEULICHE TAT IM SCHUTZ DER DUNKELHEIT	39
28. APRIL 2010: KEIN INNERJÜDISCHES PROBLEM	40
12. JANUAR 2010: PROZESS GEGEN DIE SIEBEN MITGLIEDER DER FÜHRUNG DER IRANISCHEN BAHÁ'Í-GEMEINDE	41
23. NOVEMBER 2009: ZUR VERHINDERTEN AUFFÜHRUNG DES FILMES VON CLAUDE LANZMANN „WARUM ISRAEL“	42

24. JULI 2009: VERLEIHUNG DES BUNDESVERDIENSTKREUZES AN FELICIA LANGER	43
08. JULI 2009: ZUR UMSETZUNG DES BESCHLUSSES DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS ZUR ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG VOM 4. NOVEMBER 2008.....	44
04. JUNI 2009: OFFENER BRIEF AN PRÄSIDENT OBAMA	46
03. JUNI 2009: GEMEINSAMES SCHREIBEN AN DEN BUNDESMINISTER STEINMEIER	51
23. APRIL 2009: GEMEINSAMES SCHREIBEN AN DIE BUNDESREGIERUNG.....	52
20. APRIL 2009: GROBE ZUSTIMMUNG ZU EINEM DEUTSCHEN BOYKOTT DER GENFER UN- DURBAN-II-KONFERENZ AUF EINER GEMEINSAMEN VERANSTALTUNG IN DER NEUEN SYNAGOGE IN BERLIN	53
16. DEZEMBER 2008: ZUM NPD-VERBOTSVERFAHREN	54
12. NOVEMBER 2008: ZUR KUNDGEBUNG "70 JAHRE NACH DER REICHSPOGROMNACHT – GEGEN ANTISEMITISMUS"	55
4. NOVEMBER 2008: ANTISEMITISCHER ÜBERGRIFF IN CHARLOTTENBURG	56
3. NOVEMBER 2008: FORDERUNG ZUR EINIGUNG IM BUNDESTAG ÜBER EINEN REGELMÄßIGEN BERICHT ZUR ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG.....	57
3. SONSTIGES (AUSWAHL).....	58
16.08.10 – 31.12.10: PROJEKT „20 JAHRE WIEDERVEREINIGUNG – 20 JAHRE JÜDISCHE ZUWANDERUNG AUS DER EHEMALIGEN SOWJETUNION	59
02.JANUAR 2010: BERICHT ÜBER DIE DRITTE KONFERENZ DES "GLOBAL FORUM FOR COMBATTING ANTISEMITISM"	61
23. SEPTEMBER 2009: WAHLPRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009	64
17. JULI 2009: NACHBEREITUNG DER VERANSTALTUNG MIT PROF. COTLER.....	65

1. Aufgaben des JFDA

Das von der jüdischen Gemeinde zu Berlin initiierte Forum ist ein Zusammenschluss jüdischer ExpertInnen, die sich im Rahmen ihrer unterschiedlichen Tätigkeitsfelder mit Antisemitismus und Antizionismus auseinandersetzen.

Ziel des Forums ist es, die Demokratie zu stärken und dem wachsenden Antisemitismus und Antizionismus in ihren verschiedenen Ausprägungen entgegenzutreten.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal als auch durch Gewalt manifestieren kann.

Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechnete Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen, Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen. Das Forum strebt ein Bündnis mit anderen Institutionen und Gruppierungen an, deren Ziel es ist, antidemokratische und antisemitische Tendenzen zu bekämpfen.

Die Stärkung der Demokratie und die Bekämpfung des Antisemitismus gehört zu den Hauptaufgaben der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Wir unterstützen demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin benannte Levi Salomon als ehrenamtlichen Beauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus. Seine Aufgabe ist es, ein unabhängiges Monitoring durchzuführen und antisemitische Vorfälle und Tendenzen sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse zu erfassen und zu bewerten, die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam zu machen und für Gegenmaßnahmen zu gewinnen.

Der Antisemitismus-Beauftragte plant Publikationen und pflegt den Kontakt mit staatlichen, gesellschaftlichen und publizistischen Einrichtungen, um auf Missstände und auf Kooperationsmöglichkeiten bei der Bekämpfung von Antisemitismus hinzuweisen.

2. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung

Projektpräsentation: „20 Jahre Wiedervereinigung – 20 Jahre jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion“

Dienstag, den 18. Januar 2011, 19:00 Uhr, Neue Synagoge Berlin, Großer Saal,
Oranienburgerstraße 28-30

Grußworte:

Lala Süsskind, Jüdische Gemeinde zu Berlin

Dr. Wilfried Ströhm, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Festrede:

Dr. Gabriele Hauser, Bundesministerium des Inneren

Vorstellung der Projektergebnisse:

Broschüre „Doswidanja Sowjetunion – Guten Tag Deutschland“: Andre Lossin, JGzB

Dokumentarfilm „Doswidanja – Schalom – Guten Tag“ von Levi Salomon, JFDA und JGzB

Am 9. Januar 1991 traf die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder eine politische Entscheidung und beschloss, das seit 1980 bestehende *Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommener Flüchtlinge* (HumHAG) auf die jüdischen Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion auszuweiten. Durch das sog. *Kontingentflüchtlingengesetz* erlangten diese ohne Asylverfahren eine Rechtsstellung nach der Genfer Flüchtlingskonvention, einschließlich unbefristeter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Unterbringung, Deutschkurs und Sozialunterstützung.

Rund zwei Jahrzehnte später gingen wir in unserem Projekt den zentralen Fragen nach, ob 20 Jahre jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion ein Beispiel gelungener Integration ist, inwiefern diese Zuwanderung Deutschland bereichert hat und in welcher Form sie das jüdische Leben in Deutschland verändert hat. Die Projektergebnisse sollen nun der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Das Projekt wurde vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gefördert.

Podiumsdiskussion: Neuer Antisemitismus – Forschungsstand und Tendenzen

Mittwoch, 15. September 2010, 9.15 –16.00 Uhr
Neue Synagoge Berlin
Oranienburger Straße 28 – 30

Teilnehmer:

Prof. Dr. Robert S. Wistrich, Hebrew University of Jerusalem
Anetta Kahane, Antonio-Amadeu-Stiftung, Berlin
Klaus Faber, Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt Potsdam
Yoav Sapir, Berlin
Ahmet Senyurt, Journalist, Köln
Sönke Rix, MdB
Prof. Dr. Gerhard Baader, Institut für Geschichte der Medizin, FU Berlin

Moderation:

Levi Salomon, Jüdisches Forum, Berlin
Janina Myrczik, Jüdisches Forum, Berlin
Dr. Tobias Mörschel, FES Berlin

Grußworte:

Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
Dr. Tobias Mörschel, FES Berlin

Antisemitismus muss nach wie vor als eine vielschichtige Gefahr für Demokratie und Gesellschaft betrachtet werden. Der versuchte Brandanschlag auf die Wormser Synagoge im Mai 2010 veranschaulicht dies nur zu deutlich. Der Hass gegen Juden, der in seiner offenen Variante gesellschaftlich tabuisiert ist, findet häufig seinen Ausdruck in der Agitation und Propaganda gegen Israel.

Nach der Auseinandersetzung um die Gaza-Flottille kam es in Deutschland zu einem rasanten Anstieg an antisemitischer Hasspropaganda im Internet, die auch eindeutige Mordaufrufe gegen Juden umfasste. Auf den Gaza-Demonstrationen im Mai und Juni waren auch antisemitische Parolen zu hören. Es kam zu Bündnissen zwischen türkischen und arabischen Gruppierungen mit Linksextremisten, die sich durch antijüdische Parolen und Symbole von Hamas und Hisbollah nicht abschrecken ließen. Auch einige Neonazis, bei denen Antisemitismus nach wie vor zentraler Bestandteil ihrer Ideologie ist, riefen mit zu den Protesten auf.

Die Tagung will Antisemitismus in den verschiedenen politischen Spektren und seinen aktuellen Varianten beleuchten. Dazu sind Experten aus Wissenschaft und Politik geladen. Ziel ist eine Bestandsaufnahme der aktuellen Antisemitismusforschung und der antisemitischen Gefährdung des demokratischen Miteinanders sowie die Entwicklung von Handlungsperspektiven.

Gegenkundgebung zum Al-Quds-Tag 2010

Samstag, 4. September 2010, Beginn: 14 : 00 Uhr
Kurfürstendam/Ecke Joachimstalerstr. (U-Bahnstation Kurfürstendamm)

Seit 1979 folgen jährlich zum Ende des Fastenmonats Ramadan islamistische Organisationen weltweit dem Aufruf zum „Al-Quds-Tag“ als Kampftag des politischen Islam. Ajatollah Khomeini forderte nach der islamistischen Machtergreifung im Iran seine Anhänger und Anhängerinnen zur weltweiten Ausbreitung der islamischen Revolution, zur „Befreiung“ Jerusalems und zur Vernichtung Israels auf.

In dieser Tradition verbreitet der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mahmoud Ahmadinejad, seit Jahren Hasspropaganda gegen die USA und Israel. Gleichzeitig unterstützt das Mullah-Regime mit Geld und Waffen antisemitisch ausgerichtete Terrororganisationen wie Hisbollah und Hamas gegen Israel und seine Verbündeten, es leugnet den Holocaust, arbeitet an seiner atomaren Bewaffnung, ignoriert Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und übt im Iran eine blutige Terrorherrschaft gegen die eigene Bevölkerung aus. Seit 1979 und besonders seit dem Aufstand von Millionen mutiger Iranerinnen und Iraner im Sommer 2009 werden politisch Andersdenkende, Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten sowie Frauen verfolgt, gefoltert und ermordet. Bis heute versuchen das Mullah-Regime und Anhänger des politischen Islam, den Al-Quds-Tag auch international als religiösen Feiertag zu etablieren. Nach den Aufklärungskampagnen unseres Gegenbündnisses wurde der Al-Quds-Tag zumindest in Deutschland von interreligiösen Kalendern entfernt.

Seit 1996 wird fast jedes Jahr in islamistischen Kreisen zum Al-Quds-Aufmarsch in Berlin mobilisiert. Dieses Jahr wird er für den 4. September angekündigt. Erneut ist eine Beteiligung von Neonazis und anderen Sympathisanten des Mullah-Regimes zu erwarten. Ihr Ziel ist klar: Die Solidaritätsbezeugungen mit den Palästinensern werden zur Agitation gegen Israel, der einzigen freiheitlichen Demokratie im Nahen Osten, genutzt. Das menschenverachtende Regime der Islamischen Republik Iran wird öffentlich glorifiziert. Demokratie, Freiheit und Menschenrechte – wie sie in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" definiert sind - werden verhöhnt. Unser Bündnis hat bewirkt, dass dies heute nicht mehr so offen geschieht wie in den Anfangsjahren, die Islamisten ihre Rhetorik entschärfen mussten und eine öffentliche Debatte zum Thema angestoßen wurde.

Wir – das sind verschiedene politisch und sozial engagierte Gruppen und Einzelpersonen - rufen deshalb auch in diesem Jahr zu einer Kundgebung gegen den antisemitischen und antidemokratischen "Al-Quds-Tag" auf.

Demonstrieren Sie gemeinsam mit uns gegen jede Form von antisemitischer, antiisraelischer und antiwestlicher Propaganda, gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik im Iran und für Solidarität mit der iranischen Freiheitsbewegung und mit Israel.

Demonstrieren Sie gemeinsam mit uns gegen jede Form von antisemitischer, antiisraelischer und antiwestlicher Propaganda, gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik im Iran und für Solidarität mit der iranischen Freiheitsbewegung und mit Israel.

Tagesseminar zur politischen Bildung als Kooperationsveranstaltung zwischen der Landespolizeischule (ZSE IV C 15) und der JGzB

Datum: 01.07.2010

Thema: Antisemitismus / Islamismus / Bedeutung des Al-Quds-Tages

Moderation: Jörg Ehling, ZSE IV C 15

Ablauf

- 09:00 – 09:15 Begrüßung (Lala Süßkind, Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Harald Wunderlich, Leiter der Landespolizeischule, Monika Thamm, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus)
- 09:15 – 10:00 Erscheinungsformen des Antisemitismus und des Islamismus
(Levi Salomon, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus)
- 10:00 – 11:00 Ideologie von HAMAS und „Hizb Allah“, Hintergründe zum Al-Quds-Tag, Erkennen islamistischer Fahnen und Symbole (Dr. Olaf Farschid, SenInnSport, Abt. Verfassungsschutz)
Gefährdungsbewertung aus Sicht des polizeilichen Staatsschutzes
(Karsten Gillert, LKA 54)
- 11:00 – 11:30 Pause
- 11:30 – 12:15 Demonstrationen zum Al Quds Tag in Berlin, Akteure, Erfahrungen, neue Entwicklungen. Was ist in diesem Jahr zu erwarten?
(Claudia Dantschke, ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur)
- 12:15 – 13:00 Versammlungsrechtliche Probleme im Zusammenhang mit dem Al Quds Tag, Durchsetzung von Auflagen, Verständnis- und Sprachschwierigkeiten, Erfahrungen Al Quds Tag 2009
(Oliver Tölle, PPr St 6, Levi Salomon, Jüdische Gemeinde zu Berlin)
- 13:00 – 14:00 Pause
- 14:00 – 16:00 Expertengespräch, Fragen und Diskussion mit allen Referenten

Podiumsdiskussion: Delegitimierungskampagnen gegen Israel und der neue Antisemitismus

Dienstag, den 29. Juni 2010, **18. 00 Uhr**

Neue Synagoge Berlin, Großer Saal, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

Diskussion mit:

Dr. Richard Herzinger, Die WELT/WELT am SONNTAG, Politischer Korrespondent

Prof. Gert Weisskirchen, MdB, SPD, bis 2009, von 2006 bis 2009 Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden für die Antisemitismusbekämpfung

Aaron Sagui, Pressesprecher der Botschaft des Staates Israel

Monika Thamm, MdA Berlin, CDU-Fraktion, Mitglied des JFDA

Dr. Nikoline Hansen, FDP, Vorsitzende des Bundes der Verfolgten des Naziregimes

Dr. Rafael Korenzecher, Herausgeber von Jüdisches Berlin/Jewish Berlin Online, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.

Moderation:

Staatssekretär a. D. Klaus Faber, Rechtsanwalt, Publizist, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.

Grußworte:

Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Michael Spaney, stopthebomb, Germany

Viele Anti-Israel-Kampagnen haben es jimmer wieder gezeigt: Israel wird häufig mit Maßstäben gemessen, die auf andere Länder nicht angewandt werden. „Menschenrechts- und Friedensaktivisten“ kümmern sich wenig oder gar nicht um die Massaker und andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen oder etwa um „besetzte Gebiete“ im Iran, im Sudan, in Tschetschenien, in Kaschmir, in Pakistan, in Somalia, in Sinkiang, in Tibet, in Westneuguinea, in Syrien, im Libanon oder auf Zypern, nehmen aber jeden Anlass wahr, um Israel zu „kritisieren“. Oft wird bei der antiisraelischen Agitation auch die Grenze zum neuen Antisemitismus überschritten, der Israel zum Juden unter den Staaten macht, den man mit allen Mitteln diffamiert. Manche begeben sich dabei in eine Position der Scheinneutralität zwischen antisemitischem Aggressor und jüdischem Verteidiger, z. B. im Konflikt Israels mit der antisemitischen iranischen Mullah-Diktatur und den Mullah-Verbündeten Hisbollah und Hamas.

"Alltag im Gelobten Land" - Gespräch mit Ulrich Sahn

Moderation: Jochen Feilcke

Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin,
dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus
sowie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Potsdam

Verantwortlich: Levi Salomon, levi.salomon@jg-berlin.org
Veranstaltungsort: Neue Synagoge Berlin, Großer Saal
Oranienburger Straße 28/30, 10117 Berlin-Mitte

Ulrich Sahn 1950 in Bonn geboren als Sohn eines deutschen Diplomaten. Studium der evangelischen Theologie, Judaistik und Linguistik in Deutschland, ab 1970 Studium der Hebräischen Literatur an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Seit 1975 Nahost-Korrespondent für deutsche Medien mit Sitz in Jerusalem. Er hält Vorträge in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ulrich Sahms besonderes Merkmal ist gründliche Recherche in Kombination mit seiner Insiderperspektive, was das Leben in diesem nahen und doch so fremden Nachbarland antreibt und hemmt. In seinem Buch „Alltag im gelobten Land“ schildert er Kriegsschrecken neben archäologischen Sensationen, kulinarische Entdeckungen neben politischen Absurditäten.

Podiumsdiskussion: „Pilgerfahrt nach Auschwitz“ – Zum Umgang deutscher Medien mit Erinnerungskultur, Israelkritik und Antisemitismus

Dienstag, 27. April 2010, 19 Uhr

Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

mit:

- **Ines Pohl**

Chefredakteurin der Tageszeitung *taz*

- **Thomas Schmid**

Herausgeber der Tageszeitung *Die Welt*

- **Stephan-Andreas Casdorff**

Chefredakteur der Tageszeitung *Der Tagesspiegel*

- **Thierry Chervel** (Moderation)

Mitbegründer und Chefredakteur des Onlinemagazins *Perlentaucher*

Grußwort:

- **Lala Süsskind**

Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Im Anschluss Empfang.

Eintritt frei – der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht.

Podiumsdiskussion: Deutschland und Iran – Eine verhängnisvolle Freundschaft?

Eine Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (JGzB), des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) und von STOP THE BOMB.

Mittwoch, 14.4.2010, 18.00 Uhr
Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

Podiumsteilnehmer

- **Matthias Küntzel**

Politikwissenschaftler und Publizist, Hamburg

- mit **Einführungsvortrag** -

- **Oliver Thränert**

Experte für Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Moderation

- **Alex Feuerherdt**, freier Publizist, Bonn

Grussworte

- **Lala Süsskind**, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

- **Fathiyeh Naghibzadeh**, Mitgründerin von STOP THE BOMB

Im Anschluss Empfang.

Eintritt frei – der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht.

Deutschland und Iran: Eine verhängnisvolle Freundschaft?

Die deutsche Iran-Politik angesichts von Atomprogramm, Antisemitismus und Menschenrechtsverletzungen des iranischen Regimes

Während die Führung der Islamischen Republik Iran ihre Herrschaft mit mörderischer Brutalität gegen die iranische Freiheitsbewegung behauptet, treibt sie auch ihr Atomprogramm weiter voran. Dass es dabei vor allem um eine militärische Nutzung geht, wird international kaum noch angezweifelt; bereits die entscheidende Rolle der Iranischen Revolutionsgarden im Atomprogramm ist dafür ein deutliches Zeichen.

Im Zentrum der Bedrohung steht Israel: In den letzten Wochen wurden die Drohungen seitens der iranischen Führung nochmals verstärkt. „Das göttliche Versprechen ist die Vernichtung des künstlichen, verbrecherischen, zionistischen Regimes. Und der große Sieg ist nahe“, so der iranische Präsident Ahmadinejad. Bei mehreren Treffen und Konferenzen stimmte sich die iranische Führung mit dem syrischen Präsident Assad, Hisbollah-Generalsekretär Nasrallah, Hamas-Führer Mashal sowie Vertretern weiterer antisemitischer und islamistischer Terrororganisationen in ihrem Kampf gegen Israel ab. Doch das iranische Regime bedroht nicht nur Israel, denn die „Islamische Revolution“ kennt erklärtermaßen keine Grenzen. Die Gefahr des islamistischen Terrors würde durch Atomwaffen in den Händen des iranischen Regimes potenziert. Weitere vorhersehbare Folgen globaler Dimension wären die nukleare Aufrüstung zahlreicher weiterer Staaten, ein drastisch erhöhtes Risiko atomarer Krisen und Kriege sowie die endgültige Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrags.

Das Atomprogramm dient nicht zuletzt der Machtsicherung eines Regimes, welches sich durch die anhaltenden mutigen Proteste seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 in der bislang schwersten innenpolitischen Krise befindet. Vor öffentlichen Protesten werden inhaftierte Oppositionelle hingerichtet, um die Bevölkerung einzuschüchtern; Folter, Verhaftungen, Vergewaltigungen, Schauprozesse, Verbote und Zensur sind an der Tagesordnung. Und während die alten Eliten des Regimes sich untereinander bekämpfen, bringen die Revolutionsgarden immer größere Teile der Politik und Wirtschaft im Iran unter ihre Kontrolle.

Mit der Repression gegen die iranische Freiheitsbewegung, dem offensiv vorangetriebenen Atomprogramm und der antisemitischen und antiwestlichen Hetze demonstriert das Regime unmissverständlich seinen Charakter und seine Entschlossenheit. Wie sehen dagegen die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft und besonders Deutschlands aus? Setzt die deutsche Politik auf die Freiheitsbewegung oder vielmehr auf eine „strategische Partnerschaft“ mit dem Regime? Zieht sich die deutsche Wirtschaft tatsächlich, wie von einigen Unternehmen verkündet, aus dem Iran zurück, oder laufen die Geschäfte über Umwege oder auch ganz direkt weiter?

Podiumsdiskussion: Israelische Politik – Jüdische Loyalitäten

Donnerstag, 25. März, 19 Uhr

Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

Podiumsteilnehmer:

- Shimon Stein

Diplomat, von 2001 bis 2007 Botschafter des Staates Israels in der Bundesrepublik Deutschland

- Prof. Dr. Micha Brumlik

Erziehungswissenschaftler, Mitherausgeber der Blätter für deutsche und internationale Politik, Frankfurt am Main

- Moderation: Nathan Gelbart

Vorsitzender Keren Hayesod, Deutschland

Grußwort:

Lala Süsskind

Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Berlin

Im Anschluss Empfang.

Eintritt frei – der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht.

Israelische Politik – Jüdische Loyalitäten: Das Verhältnis der deutschen Juden zu Israel

Die Frage nach der Loyalität deutscher Jüdinnen und Juden gegenüber dem Staat Israel ist immer wieder Grund für polemische Auseinandersetzungen. Diese Kontroverse wollen wir, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), zum Anlass nehmen, im Rahmen einer Podiumsdiskussion die Debatte zu skizzieren und diese kritisch zu hinterfragen.

Wie ist die Staatsgründung Israels aus heutiger Sicht zu bewerten? Wie ist das Verhältnis zwischen dem Staat Israel und Jüdinnen und Juden in aller Welt? Welche Rolle spielt der Zionismus für die jüdische Diaspora? Diese und andere Fragen werden wir auf dem Podium diskutieren. Zudem wollen wir einen Blick in die Zukunft werfen und erörtern, wie die Beziehung der jüdischen Diaspora zu Israel künftig gestaltet werden kann.

Als Ausgangspunkt für die Diskussion dient das kontrovers rezipierte Essay „Israelische Politik. Jüdische Loyalitäten“ (Gazette, Herbst 2009) von Micha Brumlik, den wir neben Shimon Stein, dem ehemaligen Botschafter des Staates Israel, auf dem Podium begrüßen werden.

Podiumsdiskussion: Antisemitismus in Deutschland als Herausforderung für die neue Bundesregierung

Montag, 30. November, 19 Uhr

Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

PodiumsteilnehmerInnen:

- **Dr. Max Stadler**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium
- **Lorenz Maroldt**, Chefredakteur des Tagesspiegel
- **Anetta Kahane**, Gründerin und Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung
- Moderation: **Dr. Petra Lidschreiber**, Fernsehjournalistin und Leiterin des Ressorts Mittel- und Osteuropa des rbb

Einführung:

- **Levi Salomon**, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus

Grußwort:

- **Lala Süsskind**, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Im Anschluss wird es einen Empfang geben.

Eintritt frei – der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht.

Die 17. Legislaturperiode des Bundestages ist eröffnet und mit ihr eine Debatte um die zukünftige Ausrichtung der Arbeit gegen Antisemitismus.

Nicht nur jährte sich der Bundestagsbeschluss zum Kampf gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens am 4. November, der eine Diskussion zur Frage des Fortschritts im Kampf gegen Antisemitismus auslöste. Auch zeigt eine in diesen Tagen erschienene Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld deutlich, dass Antisemitismus nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Demokratie darstellt. Ein Viertel aller Europäer hält den Einfluss der Juden für zu groß. Auch die Aussage, dass Israel einen Krieg der Vernichtung gegen die Palästinenser führt, ist mit knapp 50 % unter den Europäern zustimmungsfähig. Konsequenterweise bejahen 47 % der Deutschen: „bei der Politik, die Israel macht, [kann ich] ... gut verstehen, warum man Juden nicht mag“.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus und die Amadeu Antonio Stiftung wollen mit Vertretern der Medien und der Politik einen Blick in die Zukunft werfen und der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, sich über die konkreten Pläne und Positionen der Regierung zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung zu informieren und diese zu diskutieren.

Als Ausgangsposition für die Diskussion dient die Auswertung der Antworten auf Fragen zum zukünftigen Umgang mit Antisemitismus, die das JFDA und die Jüdische Gemeinde im Zuge der diesjährigen Bundestagswahl an alle BundestagskandidatInnen der Parteien richteten.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus statt, die seit 2004 von der Amadeu Antonio Stiftung jährlich zum 9. November initiiert werden. Sie bildet als Perspektivdiskussion den Abschluss der diesjährigen Aktionswochen.

Podiumsdiskussion: Der Goldstone-Report und seine Folgen

Montag, 23. November, 19 Uhr
Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, Berlin

Podiumsteilnehmer:

- **Emmanuel Nachshon**, Gesandter des Staates Israel
- **Richard Herzinger**, Politischer Korrespondent, Die Welt und Welt am Sonntag
- **Bernd Finke**, Leiter des Referats „Arbeitsstab Menschenrechte“, Auswärtiges Amt
- **Levi Salomon**, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus
- Moderation: **Sacha Stawski**, Vorsitzender und Chefredakteur Honestly Concerned e.V.

Der Mitte September veröffentlichte sogenannte Goldstone-Report kommt zu dem Schluss, dass sowohl die israelischen Streitkräfte als auch die radikalislamische Hamas im Gaza-Krieg Kriegsverbrechen und vermutlich auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Die Untersuchung unter Leitung des ehemaligen südafrikanischen Richters Richard Goldstone wurde vom UN-Menschenrechtsrat in Auftrag gegeben, welcher von autokratisch regierten Staaten dominiert wird.

Der israelische Staatspräsident Shimon Peres griff den Bericht scharf an und nannte ihn eine „Verhöhnung der Geschichte“, da dieser nicht zwischen einem Aggressor und einem Staat unterscheide, der sein Recht auf Selbstverteidigung wahrgenommen habe.

Auch die Quellen, auf die der Bericht Bezug nimmt, wurden von verschiedenen Seiten beanstandet. Es wurden unter anderem Publikationen und Zeugenaussagen unterschiedlicher NGOs wie Human Rights Watch, Palestinian Center for Human Rights und Breaking the Silence verwendet - alles Organisationen, die schon in der Vergangenheit durch anti-israelische Aktivitäten aufgefallen sind. Überdies kommen einige der Kommissionsmitglieder aus dem Umfeld dieser NGOs, so hatte etwa Goldstone eine führende Position bei Human Rights Watch inne und trat erst im Zuge der Entstehung der Untersuchungskommission aus der Organisation aus.

Der UN-Menschenrechtsrat nahm Mitte Oktober eine sich auf den Report stützende Resolution an. Selbst Richard Goldstone, auf dessen Report sich die Resolution beruft, hatte bereits vor der Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses den Wortlaut der Empfehlung kritisiert, da sie keinerlei Verurteilung der Hamas beinhalte. Weiterhin ließ er verlauten, dass sein Bericht vor einem Gericht keine Beweiskraft habe.

Anfang November wurde der Goldstone-Report ebenfalls der UN-Vollversammlung vorgelegt. 114 Mitgliedsstaaten haben sich hinter einen auf den Bericht Bezug nehmenden Resolutionsentwurf gestellt, 44 Länder – darunter Großbritannien und Frankreich – enthielten sich und nur 18 Mitglieder stimmten mit Nein. Neben Israel lehnten auch Deutschland und die USA die von den arabischen Ländern eingebrachte Resolution ab.

In der Resolution wird unter anderem sowohl von Israelis als auch Palästinensern gefordert, binnen drei Monaten „unabhängige, glaubwürdige und internationalen Standards entsprechende“ Untersuchungen einzuleiten. Weiterhin wurde der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon ersucht, den Goldstone-Report an den Sicherheitsrat zu überweisen. Demnach könnte der Fall theoretisch auch an den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag weitergeleitet werden.

Gegenkundgebung "Al Quds"-Tag 2009

am Samstag, 12. September 2009 ab 14:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

am Samstag, 12. September, findet in Berlin die Kundgebung gegen die Al-Quds-Demonstration statt. Den Aufruf finden Sie im Anhang. Bitte beachten Sie den Ortswechsel, die Kundgebung findet nun an der Knesebeckstr./Ecke Kurfürstendamm (U-Bahnstation Uhlandstr.) statt.

Bemerkenswert - wenn auch nicht weiter verwunderlich - ist, dass inzwischen auch die DVU, Landesverband Berlin, zu der Demonstration der Islamisten aufruft.

Wir würden uns außerordentlich freuen, Sie am Samstag auf der Kundgebung zu sehen, da Sie durch Ihr Erscheinen ein wichtiges Zeichen gegen den Al-Quds-Tag setzen.

Mit besten Grüßen,

Levi Salomon

Gemeinsam gegen Antisemitismus, Antizionismus und Homophobie!

Solidarität mit der Demokratiebewegung im Iran!

1979 rief der iranische Machthaber Khomeini dazu auf, nach dem Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan weltweit für die "Befreiung" von "Al Quds" (Jerusalem) und für die Vernichtung Israels zu demonstrieren. Auch in Berlin gehen aus diesem Anlass radikale Islamisten und Anhänger des iranischen Regimes auf die Straße. Dieses Jahr findet die Demonstration am Samstag, den 19. September, statt. Wie in jedem Jahr gibt es auch 2009 ein breites Bündnis, das zum Protest gegen diese Demonstration aufruft. Dem Bündnis gehören zahlreiche demokratische Organisationen an, darunter die Jüdische Gemeinde zu Berlin.

Die Kundgebung "No Al-Quds-Tag" findet statt am

Samstag, 12. September 2009, Beginn: 14:00 Uhr.

Ort: Knesebeckstr./Ecke Kurfürstendamm (Nähe U-Bahnstation Uhlandstr.)

Weitere Informationen und eventuelle kurzfristige Änderungen finden Sie auf der Website des Bündnisses: <http://www.no-al-quds-tag.de>

Podiumsdiskussion: Nazikollaborateure in der 3. Welt und ihre deutschen Apologeten am Beispiel des Nahen Ostens

Montag, 7. September, 19 Uhr

Centrum Judaicum

Oranienburger Strasse 28-30, 10117 Berlin

Vortrag

Karl Rössel

Recherche International e.V., Rheinisches JournalistInnenbüro (Köln), Kurator der Ausstellung:

„Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“

Anschließende Podiumsdiskussion

Dr. Hanspeter Blatt

Leitet den Fachbereich Geschichte, Zeitgeschichte und Politik beim Deutschen Bundestag

Levi Salomon

Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus

Vorsitzender des „Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus“

Martin Cüppers

Autor des Buches „Halbmond und Hakenkreuz“

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart

Jörg Rensmann - Moderation

Vorstand der deutschen Sektion von "Scholars for Peace in the Middle East" (SPME)

Mirjam Marcus – Grußwort

Stellvertretende Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dezernat für Schule, Jugend und Erziehung

begleitend wird ein Teil der Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ zu sehen sein.

Die Veranstaltung entstand mit freundlicher finanzieller Unterstützung durch Gunda und Rabbiner Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Leo Trepp.

Podiumsdiskussion: 100 Tage nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern: Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien

September 2009, 18h

Centrum Judaicum, Oranienburgerstraße 28/30, 10117 Berlin

100 Tage nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern wollen wir Bilanz ziehen: Welcher Strategien bedienen sich die rechtsextremen Mandatsträger/innen in den kommunalen Gremien? Welche demokratischen Umgangs- und Reaktionsweisen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien haben sich als grundlegend und erfolgreich erwiesen? Inwiefern beeinflussen rechtsextreme Mandatsträger/innen partizipative, bürgerschaftliche Aushandlungsprozesse und das Klima in einer Kommune?

Es diskutieren:

- *Sylvia Bretschneider, Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, SPD
- *Svend Simdorn, Stadtrat im Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin, CDU
- *Miro Jennerjahn, Direktkandidat für den Sächsischen Landtag, Bündnis'90/Die Grünen
- *Sabine Berninger, Mitglied des Thüringischen Landtages und Direktkandidatin, Die Linke

Moderation: *Lorenz Korgel, Koordinator des Berliner Beratungsnetzwerkes

Grüßworte:

- *Maya Zehden, Sprecherin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
- *Bianca Klose, Geschäftsführerin des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.
- *Timo Reinfrank, Amadeu Antonio Stiftung

Schirmherrschaft:

- *Walter Momper, Mitglied und Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Veranstaltet von:

„Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“, ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

In Kooperation mit:

Amadeu Antonio Stiftung

Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit Sachsen-Anhalt e.V.

Jüdische Gemeinde zu Berlin

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

Podiumsdiskussion: Westliche Demokratien, Iran und die Verhinderung von Völkermord

Vortrag und Podiumsdiskussion mit Prof. Irwin Cotler



Do 02.07.

Beginn: 19:00

Veranstalter: Jüdische Gemeinde zu Berlin

Prof. Irwin Cotler ist eine weltweit anerkannte Autorität auf dem Gebiet des Völkerrechts und der Menschenrechte, Mitglied des kanadischen Parlaments (Liberal Party CA), ehemaliger Justizminister und Generalstaatsanwalt Kanadas sowie ehemaliger Präsident des Canadian Jewish Congress.

Podiumsteilnehmer:

Mohammed Schams, Senior Advisor IFI - Iranian Freedom Institute, Washington D.C.;
Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat

Klaus Faber, Staatssekretär a. D.; Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat; Moderation

Grußworte:

Dr. Jochen Palenker, Vorstandsmitglied Jüdische Gemeinde. zu Berlin)

Sacha Stawski, Honestly Concerned e.V., Vorsitzender und Chefredakteur;
Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat für den Koordinierungsrat deutscher
Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus

Stephan J. Kramer (Generalsekretär) für den Zentralrat der Juden in Deutschland
(schriftliches Grußwort)

Veranstalter:

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus • **Oranienburger Str. 28-31**
• **10117 Berlin**

Vorsitzender: Levi Salomon • Tel.: +49-30-880 28-357 • Fax +49-30-880 28-250 • E-Mail:
levi.salomon@jg-berlin.org

Podiumsdiskussion: Antisemitismus in Deutschland - eine zentrale Herausforderung für Staat und Gesellschaft

am 24.5.2009 um 11 Uhr, Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28-30

Es sprechen MdB **Kristina Köhler** (CDU), Staatssekretär a.D. **Klaus Faber** (Koordinierungsrat deutscher Nichtregierungsorganisationen gegen Antisemitismus) und **Jörg Rensmann** (Mideast Freedom Forum Berlin).

Antisemitismus hat sich in Deutschland auf hohem Niveau konsolidiert. Es gibt Indikatoren für eine immer größere Bereitschaft, antijüdische Ressentiments öffentlich zu äußern.

Gerade in jüngster Zeit sind neue Formen der Judenfeindschaft hervorgetreten, wobei besonders der israelfeindliche oder antizionistische Antisemitismus hervorzuheben ist. Antisemitismus findet sich nicht nur bei rechtsextremen politischen Akteuren und linken Antizionisten und "Antiimperialisten", sondern ist auch bedeutendes Motiv des Islamismus. Wer sind die Träger dieses wahnhaften Weltbildes in Deutschland? Haben Zivilgesellschaft und wissenschaftliche Einrichtungen bisher adäquat auf die neuen und alten Herausforderungen reagiert? Wie könnte eine erfolgsversprechende Strategie aussehen?

Die Podiumsdiskussion über diese und andere relevante Fragen des Kontextes findet in Zusammenarbeit mit Scholars for Peace in the Middle East – Deutsche Sektion (SPME), dem Mideast Freedom Forum Berlin (MFFB), dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), dem Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus sowie Honestly Concerned statt. Moderiert wird sie von Ulrike Becker von der Kampagne Stop the Bomb.

Podiumsdiskussion: Demokratien und UN-Menschenrechtsdebatte

*Jüdische Gemeinde zu Berlin,
Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus,
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus*

**19. April 2009 im Großen Saal der Neuen Synagoge (Oranienburger Straße 28-30,
10117 Berlin), 13:00 Uhr**

In den Vereinten Nationen, etwa im UN-Menschenrechtsrat, werden Menschenrechtsfragen häufig in einseitiger Weise diskutiert. Die Verfolgung religiöser Minderheiten wie etwa der Bahá'í im Iran, die Unterdrückung von Frauen oder die Diskriminierung nicht-heterosexueller Menschen in islamischen, arabischen und afrikanischen Ländern spielen z. B. in den Resolutionsvorschlägen der am 20. April dieses Jahres in Genf stattfindenden Durban-Review-Konferenz der UN keine oder keine angemessene Rolle. Israel wird demgegenüber oft als einziges Land angegriffen und dämonisiert.

Wie kommt es zu einer derartigen, in der Konzeption und in der Wirkung gegen die Menschenrechte gerichteten UN-Politik?

Wie verhalten sich die Demokratien gegenüber einem derartigen Missbrauch des Menschenrechtsthemas?

Wie kann dieser Zustand geändert werden?

Zu einer Diskussion dieser Fragen laden wir Sie herzlich ein.

Programm

Grußwort: **Mirjam Marcus** (stellvertretende Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin)

Referate

Seyran Ates (Rechtsanwältin und Publizistin): "**Gleichberechtigung der Geschlechter – ein globales Menschenrecht**"

Jörg Steinert (Projektleiter "Community Gaymes" beim Schwulen- und Lesbenverband Berlin-Brandenburg): "**Yogyakarta Prinzipien: Menschenrechte gelten auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender!**"

Peter Amsler (Referent für Menschenrechtsfragen beim Nationalen Geistigen Rates der Bahá'í in Deutschland): "**Die Bahá'í: Selbstverständnis einer nach-koranischen Religionsgemeinschaft.**"

Klaus Faber (Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus), Moderation und Einleitung: "**UN- und Menschenrechtsfragen**"

Podiumsdiskussion mit den Referentinnen und Referenten.

Öffentlichen Sitzung des jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus

Termin: 30. März 2009, 18:00 Uhr

Ort: Centrum Judaicum, Großer Saal (Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin)

Schwerpunkt: Durban II, Iran, UN-Debatte und die Folgen

Einführung ins Thema mit Impulsreferat: Klaus Faber (Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus)

Vom 20. – 24. April 2009 wird trotz des Boykotts, den bis zum 19. März 2009 bereits Kanada, Israel, die USA und Italien ausgesprochen haben, im Rahmen der Vereinten Nationen die „Durban Review Conference“ („Durban II“) in Genf stattfinden. Zum jetzigen Zeitpunkt hat Deutschland noch nicht darüber entschieden, ob es an dieser Konferenz teilnehmen oder sie, eventuell zusammen mit anderen EU-Staaten, boykottieren wird. Viele fordern den Boykott seit längerer Zeit, auch die Jüdische Gemeinde zu Berlin, das JFDA und der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus.

Die Veranstaltung in Genf knüpft, welches auch der neue, am 18. März bekannt gewordene Abschlussentwurf zeigt, an die Konferenz von 2001 in Durban an, die unter einem „Antirassismus“-Etikett zu antisemitischen Angriffen auf Israel und Juden geführt hat. In der Abschlusserklärung von Durban I wurde als Verletzer von Menschenrechten nur Israel angeprangert, delegitimiert und dämonisiert. Dabei wurde eine Hasssprache verwandt, die nicht nur nach den Kriterien des Bundestagsbeschlusses zur Antisemitismusbekämpfung vom 4. November 2008 und der darin erwähnten EU-Arbeitsdefinition als antisemitisch zu qualifizieren ist.

Bislang spricht viel dafür, dass die Durban-II-Konferenz in Genf eine ähnliche Richtung einschlagen wird wie die Veranstaltung in Durban im Jahr 2001. Die Islamische Republik Iran gehört zum inneren Kreis derjenigen Staaten, die im Rahmen des UN-Menschenrechtsrats Durban II vorbereitet haben. Die Islamische Republik Iran verfolgt religiöse Minderheiten und unterdrückt Frauen. Sie richtet Menschen wegen angeblicher sexueller Verfehlungen oder wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung hin. Nach dem Verfassungssystem der Islamischen Republik Iran kann nur ein Muslim einer bestimmten schiitischen Richtung ein vollwertiger Staatsbürger sein. Zudem haben der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mahmud Ahmadinedschad, und andere Angehörige der Staatsführung dieser Republik vielfach das Existenzrecht Israels in Frage gestellt. Verbunden mit der - schon seit langem nicht mehr ernsthaft zu bestreitenden - atomaren Aufrüstung der Islamischen Republik Iran zeigt diese Agitation nicht nur volksverhetzende Züge, sie ist darüber hinaus als Völkermordpropaganda zu qualifizieren. Diese Agitation verstößt auch gegen die UN-Konvention zur Bestrafung und Verhinderung von Völkermord. Wenn man in Genf ernsthaft über Rassismus-Bekämpfung sprechen wollte, gäbe es also viele Gründe, der Islamischen Republik Iran selbst Rassismus vorzuhalten.

Gern würden wir mit Ihnen diese und andere Fragen diskutieren und uns daher sehr freuen, wenn wir Sie im Centrum Judaicum begrüßen können.

Solidarität mit Israel – Stoppt den Terror der Hamas – Support Israel

Aufruf der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (JGzB), Sharon Adler, AVIVA-Berlin.de und Avi Efroni, derBerliten.de und weiteren Unterstützern:

Sonntag, 11. Januar 2009

14.00 Uhr

Ort: Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche

Seit acht Jahren steht Israel unter Beschuss der Hamas. Israels Rückzug aus Gaza sollte Frieden bringen, tatsächlich aber sind seit 2001 über 10 000 Raketen und Mörsergranaten aus Gaza auf zivile Ziele in Südisrael abgeschossen worden, davon allein im Jahr 2008 3 200.

Israel befindet sich in einer sehr schwierigen Lage, denn die Terroristen der Hamas verstecken ihre Militärstützpunkte und Abschussvorrichtungen unter Verletzung der Genfer Konvention in dicht bevölkerten Gebieten, missbrauchen dadurch Menschen als Schutzschilder und machen damit zivile Opfer unvermeidlich. Israel dagegen warnt Zivilisten vor Angriffen per SMS, mit Flugblättern oder in Radioaufrufen.

Die Hamas hat diesen Konflikt eröffnet und trägt die Verantwortung für das Leid auf beiden Seiten! Um zu einem Frieden in der Region zu gelangen, muss die islamistische Diktatur der Terrororganisation Hamas dauerhaft beendet werden!

Auch Deutschland ist Akteur in diesem Konflikt - die Bundesrepublik ist der wichtigste westliche Handelspartner des totalitären Regimes im Iran, welches die Hamas aufrüstet und finanziert.

Wir fordern die Isolierung der Hamas sowie ein Verbot der Hisbollah und ähnlicher Organisationen in Deutschland.

Wir erklären uns solidarisch mit den vom islamistischen Terror bedrohten Menschen in Israel, aber auch in Gaza, Libanon oder im Iran.

Redner:

Lala Süsskind

Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Frank Henkel

MdA, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Berlin

Markus Löning

MdB, Landesvorsitzender der FDP Berlin

Franziska Eichstädt-Bohlig

MdA, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Walter Momper

Präsident des Abgeordnetenhauses, SPD

Dr. Kazem Mousavi

Stop the bomb Bündnis, Green Party of Iran

Avi Efroni / Sharon Adler, derBerliten.de und AVIVA-Berlin.de

Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender Die Linke Berlin

Hatikwa, Gesang: Vivian Kanner

Podiumsdiskussion: Wiedereröffnung der zerstörten Ausstellung

Die Humboldt-Universität zu Berlin und die Jüdische Gemeinde zu Berlin laden ein zu einer gemeinsamen Podiumsdiskussion und Wiedereröffnung der zerstörten Ausstellung „Verraten und verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945“.

Montag, 17. November 2008, um 20 Uhr

im Senatssaal der

Humboldt-Universität zu Berlin

Es diskutieren:

Prof. Monika Grütters, Mitglied des Deutschen Bundestages

André Schmitz, Staatssekretär für Kulturelle Angelegenheiten

Levi Salomon, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Marksches, Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Moderation: **Dr. Joachim Wagner**, stellvertretender Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio in Berlin

Podiumsdiskussion: “Wenn Fußball keinen Spaß mehr macht, sondern zur Bedrohung wird.“ – Antisemitismus und Rassismus im Fußballstadion”

Podiumsveranstaltung **am Donnerstag, den 25. September 2008 um 18.00 Uhr** im großen Saal der Neuen Synagoge Berlin – Centrum Judaicum | Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

Eine Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin in Zusammenarbeit mit:

- Berliner Fußballverband
- TuS Makkabi
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus JFDA
- Centrum Judaicum

Antisemitische und rassistische Angriffe sind an der Tagesordnung auf deutschen Fußballplätzen. Gingen diese Ausfälle vor einigen Jahren überwiegend vom Publikum aus, so äußern sich nun auch die Spielenden vermehrt in antisemitischer und rassistischer Manier. Seit einigen Jahren geht der Deutsche Fußballverband vehement gegen solche Fälle vor. Aber in den unteren Ligen schauen Schiedsrichter immer wieder über antisemitische und rassistische Anfeindungen hinweg oder erweisen sich gar als parteiisch für die angreifenden Mannschaften.

Auch der Berliner Klub TuS Makkabi ist ständig mit solchen Situationen konfrontiert. Tuvia Schlesinger, der Vorsitzende des TuS Makkabi, berichtet, dass es mittlerweile gesellschaftsfähig geworden sei, die Spieler des Klubs zu beleidigen. Es verginge kein Tag, an dem nicht einer der TuS Makkabi-Spieler antisemitisch beschimpft werde. Derzeit herrsche eine Stimmung gegen den Klub, die nahezu unerträglich sei. ¹

Um solchen Situationen entgegen zu wirken, ist eine kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rassismus im Fußball nötig. Daher laden die Jüdische Gemeinde zu Berlin, TuS Makkabi, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus, der Berliner Fußballverband, sowie das Centrum Judaicum alle Interessierten zur Podiumsveranstaltung “Antisemitismus im Fußball” ein.

Danksagung

Die Veranstalter danken Rabbiner Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Leo Trepp DD. für die finanzielle Unterstützung dieser Veranstaltung.

Programm

Beginn 18.00 Uhr

Vortrag

Gordian Meyer-Plath, Referatsleiter für “Politischen Extremismus” beim brandenburgischen Verfassungsschutz: “Rechtsextremismus und Antisemitismus im Fußball”

Podiumsdiskussion

- Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin
- Tuvia Schlesinger, Vorsitzender des Fußballvereins Makkabi-Berlin
- Gerd Liesegang, Vizepräsident des Berliner Fußball-Verbandes
- Gordian Meyer-Plath, Referatsleiter für “Politischen Extremismus” beim brandenburgischen Verfassungsschutz

Moderation

Matthias Müller, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

¹ Tuvia Schlesinger im Interview mit der Wochenzeitung WOZ, erschienen am 27.3.2008

Tagung „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“

**am
Mittwoch, 17. September 2008
10.00 - 15.30 Uhr
in der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
in Zusammenarbeit
mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin**

„Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“

Der transnationale Trend ist ungebrochen: Antisemitismus nimmt weiter zu. Nach einer Meinungsumfrage der „Anti-Defamation League“ in fünf europäischen Staaten (2007) sind negative Einstellungen gegenüber Juden angestiegen. 51% glauben, dass Juden loyaler gegenüber Israel als den Staaten sind, in denen sie leben. Fast 40% glauben, dass Juden zuviel Macht in der Wirtschaft besitzen. Nicht nur diese Umfrage belegt: Antisemitische Stereotype, Vorurteile und Verschwörungstheorien über Juden sind in der westlichen Welt weit verbreitet. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte“ ermittelte bei rd. 10% der befragten Deutschen manifeste antisemitische Orientierungen. Andere Studien berichten von noch höheren Zahlen. Regelmäßig werden uns antisemitische Anpöbeleien und Bedrohungen berichtet. Seit einigen Jahren beobachten wir verstärkt antisemitische Einstellungen und Aktivitäten bei Jugendlichen mit migrantischem-muslimischen Hintergrund. Dieses Phänomen hat zwar auch etwas mit den Eskalationen im Nahostkonflikt zu tun, ist aber nicht ursächlich auf diesen Konflikt zurückzuführen. „Islamischen Antisemitismus“ gibt es seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts und er ist eng verbunden mit dem Aufstieg der Muslimbrüderschaft in Ägypten zu einer Massenbewegung. Antisemitismus in der arabisch-islamischen Welt hat religiöse Wurzeln (judenfeindliche Passagen im Koran und der Tradition) sowie kulturelle und politische Ursachen. Diese gilt es nüchtern zu analysieren. Mehrere internationale Konferenzen (Berlin, Cordoba) haben sich in den letzten Jahren mit Antisemitismus als globalem Phänomen beschäftigt. Dabei wurde auch das Bestreben sichtbar, Antisemitismus und „Islamophobie“ zu vergleichen, bzw. auf die gleiche Stufe zu stellen. Ob ein solcher Vergleich gerechtfertigt ist, muss diskutiert werden. Wir geben einen kurzen Überblick über transnationale Entwicklungen des Antisemitismus, diskutieren eine „Arbeitsdefinition“ von Antisemitismus und widmen uns dem Phänomen des „Islamischen Antisemitismus“.

P r o g r a m m

10.00 - 10.15 **Begrüßung und Eröffnung**

Lala Süsskind

Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Dr. Johannes Kandel

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

10.15 - 10.45 **„Islamischer Antisemitismus“ - Ursprünge und
Entwicklungen in der islamischen Welt und in Europa**

Dr. Matthias Küntzel

Politikwissenschaftler, Hamburg

10.45 - 11.15 **Diskussion**

Moderation:

Levi Salomon

Beauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus,
Jüdische Gemeinde zu Berlin

11.15 - 11.30 **Kaffeepause**

11.30 - 12.00 **Hass auf Israel und Antisemitismus in muslimischen
Jugendkulturen: Funktion und pädagogische Begegnung
des Ressentiments in der Einwanderergesellschaft**

Dr. Jochen Müller

Islamwissenschaftler, Berlin

12.00 - 12.30 **Diskussion**

Moderation:

Dr. Johannes Kandel

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

12.30 - 13.30 **Mittagessen**

13.30 - 14.30 **„Islamophobie“ - Entstehung, Entwicklung und
Verwendung eines Begriffes - Erfahrungen aus
England und Deutschland**

Dr. Kenan Malik

Politikwissenschaftler, London

Klaus Faber

Rechtsanwalt, Staatssekretär a.D., Berlin

Seyran Ates

Rechtsanwältin, Berlin

14.30 - 15.30 **Diskussion**

Moderation:

Dr. Johannes Kandel

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

15.30 Ende der Veranstaltung

Gründung des „Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus“

Das „Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ (JFDA) wird **am Mittwoch, den 30. April 2008 um 19.00 Uhr** im großen Saal der Jüdischen Gemeinde zu Berlin der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Dieses, von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin initiierte Forum, ist ein Zusammenschluss jüdischer Expertinnen und Experten, die sich im Rahmen unterschiedlicher Tätigkeitsfelder mit Antisemitismus auseinandersetzen.

„Antisemitische Tendenzen sind in Deutschland längst kein Phänomen der politischen Extreme mehr. Auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus werden antisemitische Ressentiments verbreitet. Immer häufiger wird auch eine einseitige Israelkritik genutzt, um jene Ressentiments in veränderter Form zu transportieren. Bisher fehlte jedoch ein Gremium von Expertinnen und Experten, das sich dieser Entwicklung aus jüdischer Perspektive annimmt und versucht, dieser Bedrohung entgegen zu wirken.“ So Chana Steinwurz und Maja Zehden, Sprecherinnen des JFDA.

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen, Workshops, Konferenzen, die Herausgabe von öffentlichen Stellungnahmen und Publikationen sowie den Aufbau eines Online-Informationportals.

Das Forum strebt ein Bündnis mit anderen Institutionen und Gruppierungen an, deren Ziel es ist, antidemokratische und antisemitische Tendenzen zu bekämpfen.

Zum Auftakt der Gründungsveranstaltung des JFDA richten **Lala Süsskind** (Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin), **Petra Pau** (Bundestagsvizepräsidentin), **Prof. Dr. Gert Weisskirchen** (MdB, Persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus), **Dr. Christian Hanke** (Bezirksbürgermeister Berlin-Mitte), **Volker Beck** (MdB, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), **Hellmut Königshaus** (MdB, Vorsitzender der „Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem“ Berlin) und **Dr. Uwe Lehmann-Brauns** (Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses) ihre Grußworte an das Publikum. Im Anschluss daran hält **Dr. Yves Pallade** (Director B'nai B'rith Europe / Foreign Affairs Network, Mitglied des JFDA) den ersten Vortrag des JFDA zum Thema „Deutscher Antisemitismus – ein Problem der politischen Extreme?“.

3. Pressemitteilungen (Auswahl)

7. Februar 2011: Stellungnahme zum Film „Tal der Wölfe – Palästina“

Der Film „Tal der Wölfe – Palästina“ löst bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (JGzB) Besorgnis aus. Die Produktion ist nicht bloß Ausdruck der verschlechterten Beziehungen zwischen der Türkei und Israel, sondern auch Zeichen für die antisemitische Hetze, die hier andocken kann. Dass der Film nun auch in Kinos in Berlin sowie anderen Städten in der Bundesrepublik gezeigt wird, ist der Erziehung zur Demokratie nicht förderlich. Dass solche filmische Hasspropaganda ausgerechnet zum 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer der Schoa, ins Kino gekommen ist, ist skandalös.

Der Film wirkt wie ein klassischer Actionfilm, bei dem Schusswechsel statt Wortwechsel im Vordergrund steht. Ausgangspunkt des Films ist eine Szene auf einem Schiff, das Hilfsgüter nach Gaza bringen will und dabei von der israelischen Armee angegriffen wird. Die israelischen Soldaten feuern dabei wahllos auf Männer, Frauen und Kinder. Alles was von der Schiffsbesatzung ausgeht, ist dagegen verzweifelte Notwehr mit Stöcken. Als Urheber dieses Blutbads wird ein Israeli namens Moshe ausgemacht, gegen den sich ein Rächerkommando aufmacht, um ihn zu töten. Viele Schießereien, Blutbäder und Tote später gelingt dieses Vorhaben.

Der Film zeigt – wie große Teile der Berichterstattung im letzten Jahr – ein falsches Bild von der Auseinandersetzung um die sog. „Free Gaza“-Flottille. Deren den heldenhaften „Friedensaktivisten“ werden auch im Film den blutrünstigen Israelis gegenübergestellt. Dass sich auf der Mavi Marmara ein Bündnis befand, das unter antisemitischen Schlachtgesängen ausgelaufen war, wird nicht thematisiert, ebenso wenig wie der Lynchmob, dem sich die israelischen Soldaten gegenüber sahen und dass Menschen an Bord waren, die als „Märtyrer“ sterben wollten.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin hat bereits 2010 auf antisemitische Propaganda hingewiesen, die sich auf die einseitige Verurteilung Israels stützt. „Tal der Wölfe – Palästina“ entspricht exakt den Kriterien der Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ EUMC – bezüglich Israel werden doppelte Standards angelegt, der jüdische Staat wird dämonisiert und delegitimiert. Alle Film-Israelis werden als böse dargestellt und exemplarisch für den Staat Israel werden dessen Repräsentanten ausnahmslos umgebracht. Der Mord an israelischen Soldaten wird zur Heldentat stilisiert. Das empfinden wohl auch Teile der Zuschauer in Berlin so, die während des Films immer wieder applaudieren. Auch in der TV-Serie "Tal der Wölfe" kommen bereits in einer älteren Episode zum Irak lupenreine antisemitische Klischees vor, etwa dort, wo ein jüdischer Arzt Organe irakischer Gefangener und Kriegstoter nach Tel Aviv, London und New York verkauft.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin schließt sich dem Protest gegen die Ausstrahlung in Deutschland an. Der Film ist pure antiisraelische und antisemitische Hasspropaganda und verkehrt Realitäten. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin appelliert deshalb an alle Kinobetreiber, den Film nicht zu zeigen. Hasspropaganda und Demokratie sind nicht vereinbar.

25. Januar 2011: Brandanschlag in Gosen bei Erkner

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin ist bestürzt über die Nachricht, dass auf einen Bungalow in einer Kleingartenanlage in Gosen bei Erkner ein offensichtlich antisemitisch motivierter Brandanschlag verübt worden ist. Die Fassade des Hauses ist außerdem mit einem Davidstern und dem Wort „Raus!“ beschmiert worden. Der Mann der Gartenbesitzerin bekennt sich zum jüdischen Glauben.

Wir verurteilen diesen feigen und unentschuldbaren Angriff, der sich gegen Menschen anderen Glaubens richtet. Nur mit vereinten Kräften können wir gegen Antisemitismus und Rassismus vorgehen. Gefragt sind dabei sowohl staatliche Institutionen als auch zivilgesellschaftliches Engagement. Dieser Art von Bedrohung müssen wir gemeinsam entgegenwirken.

23. Juni 2010: In Hannover Steinwürfe auf jüdische Tanzgruppe

Nach den Vorfällen um die Flottille vor der Küste Gazas am 31. Mai 2010 und der Verschlechterung des politischen Verhältnisses zwischen der Türkei und Israel haben wir einen rasanten Anstieg an antisemitischer Hasspropaganda und Morddrohungen gegen Juden im Internet feststellen müssen. Auszüge zu unserer Recherche finden Sie gesondert im [Anhang](#). Dazu ermittelt bereits der Staatsschutz.

Aktuell haben wir von einem erschütternden Vorfall am 19. Juni in Hannover erfahren. Auf einem Stadtteilstadtteilfest wurde eine jüdische Tanzgruppe von Jugendlichen mit Steinen beworfen und einer von ihnen soll mit einem Megafon gerufen haben, weg mit den Juden.

Etwa 30 Jugendliche, von einer Augenzeugin als ‚überwiegend mit arabischem, aber auch mit türkischem Migrationshintergrund‘ wahrgenommen, bewarfen die Tänzer der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover mit Steinen, bis sie die Bühne verließen. Eine Frau wurde am Bein verletzt. Trotzdem wurde die Veranstaltung fortgesetzt, ohne die jüdischen Tänzer. Die Polizei wurde nicht benachrichtigt.

Einige Zuschauer äußerten ihren Verdacht, die Aktion sei vorbereitet gewesen, da die Jugendlichen bereits Steine oder Kiesel in der Tasche gehabt hatten, als die Tanzgruppe die Bühne betrat.

Wir finden es erschreckend und skandalös, dass diese Tat von Jugendlichen im geschätzten Alter zwischen 10 und 14 Jahren verübt wurde. Hier muss davon ausgegangen werden, dass die Umgebung dieser Jugendlichen antisemitisches Gedankengut zulässt oder gar unterstützt.

Gerade, weil es sich um einen problematischen Bezirk handelte, in dem dieses Fest stattfand, muss sich die Veranstaltungsleitung der Frage stellen, wie so etwas auf einem interkulturellen Fest passieren konnte, wieso die Störer nicht gebändigt wurden, wieso das Fest trotzdem weiterging und nicht stattdessen dieser Vorfall Thema wurde und wieso nicht die Polizei eingeschaltet wurde.

An dieser Stelle sind Politik und Zivilgesellschaft gefragt, bundesweit in diesem Umfeld umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus zu verstärken. Besonders wichtige Partner sind dabei türkische und arabische Organisationen. Es geht nicht um dumpfen Alarmismus, sondern darum, dass eine öffentliche Debatte entsteht.

3. Juni 2010: Stellungnahme der Jüdischen Gemeinde zu Berlin zum Zwischenfall vor der Küste Gazas

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin bekundet ihr ausdrückliches Bedauern, dass bei den Ereignissen vor der Küste Gazas am 31. Mai 2010 Menschen ums Leben gekommen sind. Deshalb muss gründlich recherchiert und untersucht werden, welche Umstände zu diesem Vorfall geführt haben. Solange aber noch kein abschließendes Ergebnis vorliegt, wehren wir uns gegen eine einseitige und vorschnelle Vorverurteilung Israels. Mit Bedauern muss die Jüdische Gemeinde zu Berlin aber feststellen, dass ein überwiegender Teil der Berichterstattung genau dies tut: Israel an den internationalen Pranger zu stellen, während gleichzeitig Fakten über die Organisatoren dieser politischen Aktion ungenannt bleiben. Unter den Organisatoren befanden sich auch radikalislamische Organisationen. Denn es war nicht nur Ziel Hilfsgüter nach Gaza zu liefern, sondern auch eine gründlich geplante, der HAMAS, einer antisemitischen Terrororganisation in die Hände spielende, Propagandaaktion zu platzieren.

2. Juni 2010: Aufruf zum Mord an Juden

In Folge der bedauernswerten Vorfälle vor der Küste Gazas grassiert im Internet antisemitische Hetze in ihrer übelsten Form bis hin zum offenen Aufruf zum Mord an Jüdinnen und Juden.

Diese Beiträge finden sich u.a. in sozialen Netzwerken wie facebook. Sie sind für jeden unter folgender Adresse zu finden:

<http://youropenbook.org/?q=jude&x=21&y=8&gender=any>

Lala Süsskind, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, reagierte geschockt auf solche antisemitischen Angriffe. Die gesamte Gesellschaft sei gefordert entschieden gegen derartige Hezete und Mordaufrufe vorzugehen.

Die jüdische Gemeinde, als Bestandteil dieser Gesellschaft, wird das vorliegende Material an die zuständigen Behörden übergeben.. Wir fordern die Behörden auf, alle rechtlich möglichen Schritte einzuleiten, um die weitere Verbreitung dieser Hasspropaganda zu unterbinden.

Reaktionen der Presse:

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0603/medien/0048/index.html>

<http://www.tagesspiegel.de/politik/juedische-gemeinde-entsetzt-ueber-hasspropaganda/1850796.html>

17. Mai 2010: Brandanschlag auf Synagoge in Worms: Abscheuliche Tat im Schutz der Dunkelheit

Auf die Synagoge in Worms (Rheinland-Pfalz) ist ein Brandanschlag verübt worden. In der Nacht zum Montag, 17. Mai, haben unbekannte Täter ein Fenster des Gebäudes mit einem Brandsatz eingeworfen und die Synagoge an mehreren Stellen mit einer brennbaren Flüssigkeit angezündet. Der Brand konnte durch die Feuerwehr schnell gelöscht werden, so dass diese bis auf rußgeschwärzte Wände nicht ernsthaft beschädigt wurde.

Die Synagoge aus dem 12. Jahrhundert, die während der Novemberpogrome 1938 von den Nationalsozialisten zerstört und erst 1961 wieder aufgebaut wurde, ist nun abermals in Brand gesetzt worden. An dieser Stelle ist vor allem die Zivilgesellschaft gefragt. Vorfälle wie dieser dürfen nicht bagatellisiert und einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Vielmehr sollten die Bemühungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene intensiviert werden, präventiv gegen solche hasserfüllten und antisemitischen Taten vorzugehen.

28. April 2010: Kein innerjüdisches Problem

Am 27. April hatten wir drei Vertreter von Berliner Zeitungen zu einer Podiumsdiskussion eingeladen: Thomas Schmid, Herausgeber der Tageszeitung Die Welt, Ines Pohl, Chefredakteurin der Tageszeitung taz und Stephan-Andreas Casdorff, Chefredakteur der Tageszeitung Der Tagesspiegel, Moderator war Thierry Chervel, Chefredakteur des Onlinemagazins Perlentaucher.

Thema des Abends war die Frage nach dem Umgang deutscher Medien mit Erinnerungskultur, Israelkritik und Antisemitismus, Aufhänger ein in der taz erschienener Kommentar mit dem Titel: „Pilgerfahrt nach Auschwitz“. Die jüdische, in Israel geborene Autorin Iris Hefets behauptet darin, Israel instrumentalisieren die Schoa zur Legitimierung seiner menschenrechtsfeindlichen Politik und inszenieren so einen „Schoa-Kult“. Weiter werde diese „Religion mit festen Ritualen“ auch in Deutschland dazu missbraucht, Kritiker israelischer Politik mundtot zu machen. Als Beispiel dafür führt die Autorin das Schicksal Norman Finkelsteins auf, bekannt für sein umstrittenes Buch „Die Holocaust-Industrie“, der vor kurzem in Berlin Absagen von Veranstaltungsorten in Kirchen und Stiftungen erhielt. Aber weder Norman Finkelstein noch Iris Hefets sollten Thema des Abends sein und auch nicht die Frage, wie die jüdische Mehrheit mit den Extremisten in den eigenen Reihen umgeht oder umgehen sollte. Es ging um die Frage, warum in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder jüdische Menschen mit wenig repräsentativen Meinungen zu Wort kommen, mit Israelkritik in einer Sprache, die die Grenzen der Geschmacklosigkeit überschreitet, und die bisweilen nachweisbar antisemitische Thesen vertreten. Gefragt werden sollten die anwesenden Chefredakteure und Herausgeber, wie sie diese Tatsache begründen. Auch Frau Pohl war selbstverständlich das Thema der Veranstaltung bekannt und ihr Erscheinen wurde ausdrücklich begrüßt. Aber schon Tage vor der Veranstaltung tauchten Briefe und Pressemitteilungen im Internet auf, die hier ein „Tribunal“ gegen die Autorin Iris Hefets witterten. Nach dem Grußwort der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Lala Süsskind, sprangen dann also etwa 20 Leute auf und hielten vorbereitete Plakate mit Solidaritätsbekundungen zu Iris Hefets hoch. Die Chefredakteurin der taz solidarisierte sich nun „spontan“ mit diesen Störern und schloss sich der Forderung an, man müsse die Autorin des zitierten Beitrages aufs Podium holen. Das wurde abgelehnt mit der Begründung, dass es nicht nötig sei, zu einem veröffentlichten Text den Autor einzuladen und seine Thesen wiederholen zu lassen. Es ist aber definitiv unüblich, dass ein Podiumsgast den Veranstalter mit der Aussage erpresst, entweder wird getan, was die Störer tun oder ich gehe. Frau Pohl tat genau das und verließ den Saal.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin stellt hiermit fest, dass diese Veranstaltung von Anfang an mit einem Saalmikrofon ausgestattet war. Es war vorgesehen, dass sich jeder aus dem Publikum, der es wollte, zu Wort melden konnte. Beim Einlass wurde nicht kontrolliert, wer teilnehmen wollte. Frau Hefets hätte also problemlos im Saal sitzen und sich zu Wort melden können. Wir stellen fest, dass es wohl vielmehr so ist, dass die Störer auf ihre eigene Propaganda hereingefallen sind. Sie hätten und haben zum Teil sagen können, was sie sagen wollten. Es wurde von uns als den Veranstaltern und von den Diskutanten auf dem Podium sogar erwartet, dass es kontrovers zugehen wird.

Nicht erwartet haben wir diese destruktive und aggressive Form der Störung und schon gar nicht die Solidarisierung und den stillen Abgang der Chefredakteurin einer Tageszeitung. Wir danken daher Herrn Casdorff, Herrn Schmid und Herrn Chervel dafür, die Diskussion trotzdem geführt zu haben. Ihre nachdenklichen und auch tiefgründigen Bemerkungen haben es vermocht, das Thema des Abends den weiterhin anwesenden ca. 300 Gästen zu vermitteln und ihnen das Gefühl zu geben, nicht umsonst gekommen zu sein.

12. Januar 2010: Prozess gegen die sieben Mitglieder der Führung der iranischen Bahá'í-Gemeinde

Zu dem heute begonnenen Prozess gegen die sieben Mitglieder der Führung der iranischen Bahá'í-Gemeinde nehmen die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus wie folgt Stellung:

Nach den uns vorliegenden Informationen handelt es sich bei dem Gerichtsverfahren um reine Schauprozesse. Die Anwälte der sieben Bahá'í konnten nur mit Mühen den Zutritt zum Verfahren einfordern, gleichzeitig waren staatlich gelenkte iranische Medien zugegen. Die Öffentlichkeit und damit unabhängige Prozessbeobachter sind ausgesperrt.

Gegen die Bahá'í werden schwerwiegende Anklagen erhoben, die harte Urteile bis hin zu Todesstrafen wahrscheinlich machen. So wird den fünf Männern und zwei Frauen unter anderem vorgeworfen, Spione Israels zu sein und gegen die Regierung Propaganda betrieben zu haben. Zuletzt gab es Äußerungen iranischer Offizieller, die ihnen vorwarfen, für die gewaltsame Protestkundgebung am Aschura-Fest mitverantwortlich zu sein. Jeder, der die Bahá'í-Gemeinde kennt, weiß, dass diese Anschuldigungen frei erfunden sind und nur vom eigenen Versagen der Regierung ablenken soll.

Die iranische Regierung muss rechtsstaatliche Standards im Verfahren gegen die Bahá'í gewährleisten. Da den Angeklagten keine individuelle Schuld nachgewiesen werden kann, müssen sie unverzüglich freigelassen werden.

Die Beziehungen der weltweiten Bahá'í-Gemeinden zum Staat Israel beruhen auf der Tatsache, dass der Stifter dieser jüngsten der Weltreligionen, Bahá'u'lláh (1817-1892), Mitte des 19. Jahrhunderts auf Betreiben des Schahs und des osmanischen Reiches von Teheran über Bagdad, Istanbul und Edirne nach Akko und Haifa verbannt wurde, rund 80 Jahre vor Gründung des Staates Israels. Hier befindet sich seit seinem Tod das administrative und geistige Zentrum der weltweit über fünf Millionen Bahá'í.

23. November 2009: Zur verhinderten Aufführung des Filmes von Claude Lanzmann „Warum Israel“

Empört und bestürzt nehmen wir zur Kenntnis, dass am 25. Oktober 2009 in Hamburg eine vom Hamburger Kinokollektiv B-Movie gemeinsam mit der Gruppe „Kritikmaximierung“ geplante Vorführung des Filmes von Claude Lanzmann „Warum Israel“ von 1972 von dem antiimperialistischen Zentrum B 5 mit Gewalt verhindert wurde. Diese selbsternannten Antifaschisten hatten das Kino versperrt und hinderten die Besucher am Betreten des Kinos. Sie wollten auf das angebliche Apartheids-Schicksal der Palästinenser aufmerksam machen, wobei sie einen Checkpoint simulierten und Zuschauer mit Holzgewehren und Schlaghandschuhen angriffen und verletzten, bevor die Polizei eingriff.

Es ist uns unverständlich, wieso bereits im Vorfeld gegen die Vorführung dieses Films, eine Reportage über das Lebensgefühl der Israelis und die Geschichte der Staatsgründung, mobil gemacht wurde und warum trotz antisemitischer Tiraden der Staatsschutz nicht wegen Volksverhetzung ermittelt.

Wir protestieren gegen:

1. die Verhinderung der Aufführung diese Films, was an Praktiken der Nationalsozialisten erinnert
2. und die pauschale Verurteilung Israels und die einäugige Solidarität der Blockierer, wobei sie vor antisemitischen Klischees nicht zurückschrecken.

Wir verurteilen ausdrücklich den in diesem Diskurs öffentlich zur Schau gestellten Antizionismus und Antisemitismus.

Des weiteren solidarisieren wir uns mit den Veranstaltern sowie mit Claude Lanzmann, der diese Gewaltaktion als einmalig in der Welt bezeichnete. Noch nie zuvor sei die Vorführung seiner Filme verhindert worden.

Lala Süsskind

Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Berlin

Levi Salomon

Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus

24. Juli 2009: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Felicia Langer

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin hält die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Felicia Langer für einen Skandal. Langer ist eine aus Polen stammende Jüdin, die vor den Nazis fliehen musste. Sie wanderte nach Israel aus und wurde dort Rechtsanwältin. Nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 beschloss sie, ihrer Ansicht nach ‚Unterprivilegierte‘ in Israel zu unterstützen und verteidigte fortan Palästinenser vor Gericht. Seit 1990 lebt und arbeitet sie in Deutschland. Der Blickwinkel dieser ‚Menschenrechtsaktivistin‘, die Mitglied im Zentralkomitee der kommunistischen Partei Israels war, zeichnete sich allerdings im Nahostkonflikt konsequent durch die wissentlich Vertauschung von Ursache und Wirkung der herrschenden Gewalt aus. So wirft der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Dr. h.c. Johannes Gerster, ihr in seinem Statement zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes ihre widerlegbare, einseitige Schuldzuweisung an die Adresse Israels vor, und dass sie damit die Geschichte verfälsche. Mit solchen Methoden diene niemand dem so wichtigen Frieden. Stattdessen leiste sie der Unversöhnlichkeit und dem Hass gegenüber Israel Vorschub. Islamische Fundamentalisten würden dadurch eher zur Gewalt ermuntert als gebremst. Der Journalist Henryk M. Broder betont wiederum, dass die Verleihung eines Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse an Langer eine Grenzüberschreitung darstellt. Noch nie in der Geschichte der Bonner und der Berliner Republik sei einem bekennenden Kommunisten beziehungsweise einer Kommunistin eine solche Ehre zuteil geworden. Er führt aus, dass für Langer die Juden beziehungsweise die Israelis immer die Bösen seien, die mit Vorsatz handeln - und die Palästinenser immer die Guten, die in ihrer Verzweiflung in der Wahl der Mittel gelegentlich zu weit gehen, aber prinzipiell im Recht sind. Zentral ist bei diesem Skandal die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass im Vorfeld der Entscheidung, Langer diese höchste deutsche Ehrung zuteil werden zu lassen, ihre bis heute aktuelle kommunistische Ausrichtung, ihre Israelfeindlichen Äußerungen und ihre Unterstützung von gewalttätigen und demokratiefeindlichen Kräften nicht berücksichtigt wurden. Verantwortlich ist das Bundespräsidialamt, maßgeblich betreute allerdings die Landesregierung von Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger das Verfahren. Und Oettinger hat mit jüdischen Themen eine Vorgeschichte: In der Rede auf seinen Amtsvorgänger Hans Filbinger, der immerhin NS-Marinerichter war, bezeichnete er ihn als einen "Gegner der Diktatur" und löste damit bundesweit Empörung aus. Selbst die Kanzlerin hatte sich von der Rede Oettingers distanziert, und schließlich entschuldigte er sich für seine Worte.

2007 stand er erneut unter Beschuss, weil er Schirmherr einer Presse-Gala war, die am 9. November stattfand, am Gedenktag der Pogrome von 1938. Trotz Protesten blieb er bei seiner Schirmherrschaft. Nun hat er es der guten Dinge drei sein lassen und befürwortet, dass Frau Langer das Bundesverdienstkreuz auf Vorschlag von Evelyn Hecht-Galinski erhalten hat. Hecht-Galinski ist die Dame, von der Henryk M. Broder nunmehr ungestraft sagen darf: "Antisemitische und antizionistische Aussagen sind ihre Spezialität".

Der Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, unterstützt die Auszeichnung bis heute nachdrücklich trotz der Proteste.

Respekt verdienen die Persönlichkeiten, die ihr erhaltenes Bundesverdienstkreuz zurückgeben wollen: Dazu gehören unter anderem Arno Lustiger, Ralph Giordano, der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Arno S. Hamburger und viele weitere Träger dieses Ordens. Das muss verhindert werden.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin fordert, dass die abwegige Auszeichnung Felicia Langers mit dem Bundesverdienstkreuz schnellstmöglich rückgängig gemacht wird.

08. Juli 2009: Zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestags zur Antisemitismusbekämpfung vom 4. November 2008



Koordinierungsrat
deutscher
Nicht-Regierungsorganisationen
gegen Antisemitismus



Gemeinsame Presseerklärung vom 8. Juli 2009

Die personelle Zusammensetzung eines neuen, von der Bundesregierung einzusetzenden Expertengremiums muss der Zielsetzung des Bundestagsbeschlusses entsprechen, die sich auf alle Formen des Antisemitismus - den traditionellen rechtsradikalen, aber auch den neuen, antiisraelischen sowie den islamischen und den mit Völkermordhetze verbundenen Antisemitismus der Islamischen Republik Iran - bezieht.

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, ein überparteilicher Zusammenschluss, dem 21 Verbände und Organisationsvertreter mit unterschiedlicher konfessioneller - christlicher, jüdischer und muslimischer - oder sonstiger Orientierung angehören (siehe unten Anhang), die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus haben am 6. November 2008 den am 4. November 2008 vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit gefassten Beschluss „Den Kampf gegen Antisemitismus stärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ in einer gemeinsamen Erklärung ausdrücklich begrüßt. Der Bundestagsbeschluss geht auch auf Initiativen dieser drei Organisationen zurück. Die von allen Bundestagsfraktionen verabschiedete Erklärung ruft die Bundesregierung u. a. dazu auf, regelmäßig einen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung vorzulegen, ein Expertengremium für die Antisemitismusbekämpfung einzusetzen sowie jüdische Einrichtungen zu fördern.

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus setzen sich **für eine zügige, aber auch sorgfältige Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 4. November 2008** ein. Sie fordern ebenso, dass die **personelle Zusammensetzung eines neuen, von der Bundesregierung einzusetzenden Expertengremiums** der Zielsetzung des Bundestagsbeschlusses entspricht, die sich auf **alle Formen des Antisemitismus - den traditionellen rechtsradikalen, aber auch den neuen, antiisraelischen sowie den islamischen und den mit Völkermordhetze verbundenen Antisemitismus der Islamischen Republik Iran - bezieht**. Bei der Förderung jüdischer Einrichtungen, etwa der Gründung einer Hebräischen Universität in Deutschland, sollten, wie

dies der Koordinierungsrat bei anderer Gelegenheit vorgeschlagen hat, vorhandene Institutionen wie das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam einbezogen werden.

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus
Pressesprecher: Daniel Kilpert, M.A. · Herthastr. 5 · 13184 Berlin · Tel.: (030) 69 81 83 76 ·
E-Mail: kilpert@aol.com
(zu Mitgliedern, Vorstand und Pressesprechern vgl. Anlage I)

Jüdische Gemeinde zu Berlin · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzende: Lala Süsskind · Tel.: (030) 880 28-232 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
vorstand@jg-berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · Oranienburger Str. 28-31
· 10117 Berlin
Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: (030) 880 28-357 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
levi.salomon@jg-berlin.org

04. Juni 2009: Offener Brief an Präsident Obama

Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungs-organisationen gegen Antisemitismus

Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus

[Kampf gegen den Antisemitismus und das antisemitische Regime im Iran](#)

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus haben **an Präsident Obama einen gemeinsamen offenen Brief** (siehe [nachfolgend](#)) zu seinem Besuch in Buchenwald am 5. Juni 2009 gerichtet. Sie treten darin für einen **entschiedenen Kampf gegen den Antisemitismus und das antisemitische Regime im Iran** ein.

Auszüge (deutsche Übersetzung):

„Ihr hoch geachteter Amtsvorgänger Franklin D. Roosevelt führte im 2. Weltkrieg die Vereinigten Staaten zum Sieg über die antisemitischen Mächte. Wir sind davon überzeugt, dass Sie, in Anknüpfung an das Roosevelt-Vermächtnis, auf das Sie sich in der amerikanischen Innenpolitik beziehen, ebenso dessen Entschlossenheit teilen, auch in der Außenpolitik eine führende Rolle im Kampf gegen den Antisemitismus und für die Menschenrechte zu spielen.“

„Antisemitismus, einschließlich des israelfeindlichen Antisemitismus, ist aber in Deutschland, in Europa, in den USA und im Nahen Osten nach wie vor eine bedrückende Realität. ... Rechtsextremisten verbreiten antisemitische und andere rassistische Propaganda, verharmlosen den Nazi-Terror in den Konzentrationslagern und leugnen die Einzigartigkeit des Holocaust. Darüber hinaus sind antisemitische Stereotypbilder und Diskriminierungspositionen gegenüber Israelis sowie die Bereitschaft, Israel als Staat zu diffamieren, in beträchtlichen Teilen der europäischen Gesellschaften anzutreffen.“

„Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten haben einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung von der NS-Herrschaft in Deutschland und Europa geleistet. Wir bitten Sie, in dieser großen amerikanischen Tradition auch den neuen Gefahren für die Menschheit und die Demokratie entschieden entgegen zu treten, die vor allem von der Islamischen Republik Iran ausgehen. Eine atomar bewaffnete Islamische Republik Iran würde nicht nur den Nahen Osten destabilisieren. Sie würde alle Kräfte stärken, die in unserer Zeit gegen die Menschenrechte und die Demokratie kämpfen.“

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus

Pressesprecher: Daniel Kilpert, M.A. · Herthastr. 5 · 13184 Berlin · Tel.: (030) 69 81 83 76 · E-Mail: kilpert@aol.com

(zu Mitgliedern, Vorstand und Pressesprechern siehe nachfolgend)

Jüdische Gemeinde zu Berlin · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin

Vorsitzende: Lala Süsskind · Tel.: (030) 880 28-232 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
vorstand@jg-berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · Oranienburger Str. 28-31
· 10117 Berlin

Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: (030) 880 28-357 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
levi.salomon@jg-berlin.org

Deutsche Übersetzung:

**OFFENER BRIEF ZUM BESUCH DES PRÄSIDENTEN DER VEREINIGTEN
STAATEN BARAK OBAMA IN BUCHENWALD AM 5. JUNI 2009**

Sehr geehrter Herr Präsident,

die unterzeichneten, im Kampf gegen den Antisemitismus engagierten Organisationen begrüßen Sie in Deutschland und wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserem Land. Zu unseren Organisationen gehören der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus.

1945 haben sowjetische Truppen Auschwitz und amerikanische Truppen Buchenwald befreit. Ihr Onkel war an der Befreiung des Buchenwald-Teillagers Ohrdruf beteiligt. Er hat Ihnen von den erschreckenden Erlebnissen in Ohrdruf erzählt. Ihr hoch geachteter Amtsvorgänger Franklin D. Roosevelt führte im 2. Weltkrieg die Vereinigten Staaten zum Sieg über die antisemitischen Mächte. Wir sind davon überzeugt, dass Sie, in Anknüpfung an das Roosevelt-Vermächtnis, auf das Sie sich in der amerikanischen Innenpolitik beziehen, ebenso dessen Entschlossenheit teilen, auch in der Außenpolitik eine führende Rolle im Kampf gegen den Antisemitismus und für die Menschenrechte zu spielen.

Nach dem Holocaust hätte die Welt erwarten dürfen, dass antisemitische Positionen und Handlungen, wie dies heute etwa für die Rechtfertigung und Praktizierung von Sklaverei gilt, als Verirrungen und Verbrechen der Vergangenheit angesehen werden können. Antisemitismus, einschließlich des israelfeindlichen Antisemitismus, ist aber in Deutschland, in Europa, in den USA und im Nahen Osten nach wie vor eine bedrückende Realität. Antisemitische Strömungen werden auf bestimmten Gebieten sogar stärker. Rechtsextremisten verbreiten antisemitische und andere rassistische Propaganda, verharmlosen den Nazi-Terror in den Konzentrationslagern und leugnen die Einzigartigkeit des Holocaust. Darüber hinaus sind antisemitische Stereotypbilder und Diskriminierungspositionen gegenüber Israelis sowie die Bereitschaft, Israel als Staat zu diffamieren, in beträchtlichen Teilen der europäischen Gesellschaften anzutreffen.

Im Nahen Osten ist berechtigte oder zumindest vertretbare Kritik an israelischen Regierungen oft mit antisemitischem Hass auf Israel verbunden, das als „kollektiver Jude“ behandelt wird. Antisemitische Schulbücher, weit verbreitete Hetzschriften, Medienberichte und Fernsehsendungen sind dafür ein Beleg. Für die Bemühungen um einen dauerhaften Frieden ist eine derartige Propaganda ein großes Hindernis, für dessen Überwindung vielfältige politische Anstrengungen notwendig sind, die in den meisten Fällen noch nicht einmal aufgenommen wurden. Eine besondere Gefahr stellen in diesem Zusammenhang die antisemitischen, gegen Israel gerichteten Vernichtungsdrohungen der Islamischen Republik Iran dar. Diese „Republik“ leugnet nicht nur durch den amtierenden Präsidenten Ahmadinedschad den Holocaust, diffamiert und dämonisiert in antisemitischer Weise Israel, unterdrückt und verfolgt religiöse Minderheiten und Frauen, richtet auf barbarische Weise Homosexuelle und „Ehenbrecherinnen“ öffentlich hin, exportiert Terrorismus u. a. durch die antisemitische Terrororganisation Hisbollah und verletzt auch auf andere Weise elementare Menschenrechte sowie internationale Konventionen, z. B. die UN-Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord.

Sehr geehrter Herr Präsident, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten haben einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung von der NS-Herrschaft in Deutschland und Europa geleistet. Wir bitten Sie, in dieser großen amerikanischen Tradition auch den neuen Gefahren für die Menschheit und die Demokratie entschieden entgegen zu treten, die vor allem von der Islamischen Republik Iran ausgehen. Eine atomar bewaffnete Islamische Republik Iran würde nicht nur den Nahen Osten destabilisieren. Sie würde alle Kräfte stärken, die in unserer Zeit gegen die Menschenrechte und die Demokratie kämpfen.

Hochachtungsvoll

Für den Vorstand des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, c/o Daniel Kilpert, Herthastr. 5, 13184 Berlin

*Prof. Dr. Diethard Pallaschke
Stawski*

Klaus Faber, Staatssekretär a. D..

Sacha

Für die Jüdische Gemeinde zu Berlin, Oranienburger Str.28-30, 10117 Berlin

Lala Süsskind

Für das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus,
Oranienburger Str. 28-30, 10117 Berlin

Levi Salomon

Englischer Originaltext:

OPEN LETTER TO THE PRESIDENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA BARACK OBAMA ON THE OCCASION OF HIS VISIT TO BUCHENWALD, GERMANY ON JUNE 5, 2009

Mr. President,

The undersigned organizations which are committed to fighting anti-Semitism, welcome you in Germany and wish you a pleasant visit. Our organizations include the Coordination Council of German NGO's against Anti-Semitism; the organization of the Jewish Community of Berlin; and the Jewish Forum for Democracy and against Anti-Semitism.

In 1945, the Soviet Army liberated Auschwitz and the Army of the United States Buchenwald. Your uncle participated in the liberation of Ohrdruf, a camp affiliated to the Buchenwald concentration camp. He has told you about the horrifying experiences in Ohrdruf. Your most esteemed predecessor, Franklin D. Roosevelt, led the United States to victory against the forces of anti-Semitism in World War II. We are confident that you, who have evoked Roosevelt's memory in domestic policy, will also share his determination to play a leading role in the fight against anti-Semitism and for human rights in foreign affairs as well.

After the Holocaust the world could have expected that anti-Semitic thinking and acts would be regarded as aberrations and crimes of the past, in the same way that today we reject the old justifications and implementation of slavery. But anti-Semitism, including anti-Semitic Israel hatred, is still a depressing reality in Germany, in Europe, in the United States, and in the Middle East. Anti-Semitic trends even increase in some areas. Right-wing extremists increasingly invoke anti-Semitic and other racist propaganda, while they downplay the terror of the Nazi concentration camps and the singularity of the Holocaust. But the problem doesn't stop there. Anti-Semitic stereotypes and discrimination against Israelis, and the defamation of Israel as a state, is present in considerable segments of contemporary European societies.

In the Middle East justified or at least reasonable criticism of the governments of Israel often merges with anti-Semitic hatred directed against Israel as a "collective Jew". This trend is documented by anti-Semitic school books, widely circulated inflammatory pamphlets, media reports and TV shows. Such propaganda poses a major obstacle to the efforts for a permanent peace. The obstacle can only be overcome by manifold political activities, which in most cases have not even been initiated, yet. In this context the anti-Semitic threats of annihilation against Israel by the Islamic Republic of Iran pose a special danger. This "republic" denies the Holocaust (a problem not limited to the current president Ahmadinejad); defames and demonises Israel in an anti-Semitic manner; oppresses and persecutes religious minorities and women; executes homosexuals and "adulteresses" publicly in a barbaric procedure; exports terrorism e. g. via the anti-Semitic terror organization Hezbollah; and also violates by other means basic human rights as well as international conventions, such as the UN-convention on the prohibition and punishment of genocide.

Mr. President, the US Armed Forces made a decisive contribution to the liberation of Germany and Europe from Nazi domination. We ask you, in this great American tradition of defending democracy, also to firmly oppose the new dangers for humanity and democracy, especially posed by the Islamic Republic of Iran. A nuclear armed Islamic Republic of Iran

would not only destabilize the Middle East. It would also strengthen all those forces that fight against human rights and democracy in our time.

Yours sincerely

On Behalf of the Board of Directors, Coordination Council of German Non-Governmental Organizations against Anti-Semitism, c/o Daniel Kilpert, Herthastr. 5, 13184 Berlin

*Prof. Dr. Diethard Pallaschke
Stawski*

Klaus Faber, Secretary of State ret.

Sacha

On Behalf of the organization of the Jewish Community of Berlin,
Oranienburger Str.28-30, 10117 Berlin

Lala Süsskind

On Behalf of the Jewish Forum for Democracy and against Anti-Semitism,
Oranienburger Str. 28-30, 10117 Berlin

Levi Salomon

03. Juni 2009: Gemeinsames Schreiben an den Bundesminister Steinmeier

„Deutschland darf der antisemitischen Abschlussresolution der Durban-II-Konferenz nicht zustimmen“

Am 24. April 2009 hat die „Durban Review Conference“ (Durban-II-Konferenz) eine Abschlussresolution beschlossen. In der Abschlussresolution wird durch Bezug auf die Ergebnisse der UN-Konferenz in Durban im Jahre 2001 **Israel in antisemitischer Weise ausgesondert und delegitimiert.** Die Durban-II-Abschlussresolution erwähnt darüber hinaus die Übel der „foreign occupation“, womit ausschließlich Israel angesprochen und diffamiert wird. **Die Einseitigkeit und unakzeptable Parteilichkeit der Abschlussresolution** wird auch darin sichtbar, was sie verschweigt. Kein Wort verliert sie etwa über die Baha'i-Verfolgung und über die Hinrichtungen in der Islamischen Republik Iran oder über die Massaker im Sudan oder Sri Lanka.

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus haben **die deutsche Entscheidung, zusammen mit anderen demokratischen Ländern Durban II zu boykottieren, in öffentlichen Erklärungen ausdrücklich begrüßt.** Vor dem Hintergrund dieser Entscheidung verstehen die drei Organisationen nicht, dass in den **Mitteilungen der deutschen Vertretungen in Genf** folgender Text verbreitet wird: **„Dieses Dokument (die Durban-II-Abschlussresolution) ist auch nach deutscher Auffassung eine akzeptable Grundlage für den weiteren Kampf gegen rassistische Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit.“**

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus fordern in einem **Brief an Außenminister Steinmeier eine Richtigstellung,** aus der sich ergibt, dass der in Genf von den deutschen Vertretungen verbreitete Text nicht die Position Deutschlands wiedergibt. **„Wir können uns nicht vorstellen, dass Deutschland eine Doppelrolle spielt, mit der einerseits Durban II wegen der ... Israeldiskriminierung öffentlichkeitswirksam boykottiert und auf der anderen Seite gleichzeitig ein Durban-II-Abschlusstext akzeptiert wird, der eben diese Diskriminierung praktiziert“,** so das Schreiben an den Außenminister.

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus
Pressesprecher: Daniel Kilpert, M.A. · Herthastr. 5 · 13184 Berlin · Tel.: (030) 69 81 83 76 · E-Mail: kilpert@aol.com
(zu Mitgliedern, Vorstand und Pressesprechern vgl. Anlage I)

Jüdische Gemeinde zu Berlin · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzende: Lala Süsskind · Tel.: (030) 880 28-232 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail: vorstand@jg-berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: (030) 880 28-357 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail: levi.salomon@jg-berlin.org

23. April 2009: Gemeinsames Schreiben an die Bundesregierung

„Wir lehnen die antisemitische und rassistische Abschlusserklärung der Genfer UN-Durban-II-Konferenz ab“

In einem gemeinsamen Schreiben haben sich am 22. April 2009 der Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus an Bundeskanzlerin Angela Merkel und an Außenminister Frank-Walter Steinmeier gewandt und diese gebeten, der Durban-II-Abschlussresolution (siehe Anlage) vom 21. April 2009 im EU-Rahmen und auch öffentlich entschieden entgegen zu treten.

Am 21. April 2009 hat die „Durban Review Conference“ (Durban-II-Konferenz) ohne Abstimmung und Diskussion eine Abschlussresolution beschlossen. In der Abschlussresolution vom 21. April 2009 (dort u. a. Nr. 1) wird durch Bezug auf die Ergebnisse der UN-Konferenz in Durban im Jahre 2001 Israel nach wie vor ausgesondert, delegitimiert und dämonisiert. Die Abschlussresolution (dort Nr. 5) erwähnt darüber hinaus die Übel der „foreign occupation“. Im politischen Sprachgebrauch der Vereinten Nationen wird damit erkennbar ausschließlich Israel angesprochen und diffamiert. Es bleibt unverständlich, wie EU-Staaten einer derartigen Erklärung zustimmen konnten, die den von der EU deklarierten „roten Linien“ in einem zentralen Punkt widersprechen. Es erübrigt sich fast darauf hinzuweisen, dass die Abschlussresolution vom 21. April 2009 wie die früheren Entwürfe kein Wort etwa über die Baha'i-Verfolgung oder über die Hinrichtungen im Iran, über die Massenmorde im Sudan oder im Kongo, über die auch auf die Religion gestützte Frauendiskriminierung in vielen islamischen Ländern, über den verbreiteten, häufig antiisraelischen Antisemitismus in muslimischen Gesellschaften, der die Friedensbemühungen behindert, oder über die zahlreichen Zivilopfer in Sri Lanka verliert. Wie die Mehrheit im UN-Menschenrechtsrat denkt, zeigt die Reaktion derjenigen Ländervertreter in diesem Rat, welche die rassistische und antisemitische Rede des Präsidenten der Islamischen Republik Iran, Mahmud Ahmadinedschad, bis zum Ende angehört und mit Beifall aufgenommen haben.

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus haben die Entscheidung der Bundesregierung, zusammen mit neun anderen demokratischen Ländern Durban II zu boykottieren, in öffentlichen Erklärungen begrüßt. In der Konsequenz dieser Entscheidung liegt die Ablehnung der antisemitischen und rassistischen Durban-II-Abschlussresolution vom 21. April 2009.

20. April 2009: Große Zustimmung zu einem deutschen Boykott der Genfer UN-Durban-II-Konferenz auf einer gemeinsamen Veranstaltung in der Neuen Synagoge in Berlin

In einer gemeinsamen Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus und des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus zum Thema „Demokratien und UN-Menschenrechtsdebatte“ am 19. April 2009 im Großen Saal der Neuen Synagoge in Berlin wurde über die häufig fragwürdige UN-Menschenrechtspolitik diskutiert. Die Verfolgung religiöser Minderheiten wie etwa der Baha'i im Iran, die Unterdrückung von Frauen und die Diskriminierung nicht-heterosexueller Menschen u. a. in islamischen Ländern spielen z. B. in den Resolutionsvorschlägen für die Durban-II-Konferenz der UN, die vom 20. bis zum 24. April dieses Jahres in Genf stattfindet, keine Rolle. Israel wird demgegenüber als einziges Land angegriffen und delegitimiert.

Nach einem Grußwort von Mirjam Marcus, der stellvertretenden Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, berichtete Seyran Ates, Rechtsanwältin und Publizistin aus Berlin, über das Thema "Gleichberechtigung der Geschlechter – ein globales Menschenrecht", vor allem über die in diesem Zusammenhang zu machenden Erfahrungen in muslimischen Gesellschaften. Jörg Steinert, Projektleiter "Community Gaymes" beim Schwulen- und Lesbenverband Berlin-Brandenburg, hielt ein Referat, das sich mit den Yogyakarta-Prinzipien und den darin postulierten Forderungen befasste, insbesondere mit dem häufig noch nicht realisierten Grundsatz, dass Menschenrechte für alle Menschen, also auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender, gelten. Peter Amsler, Referent für Menschenrechtsfragen beim Nationalen Geistigen Rates der Baha'i in Deutschland, schilderte das Selbstverständnis der Baha'i und ihre Verfolgung im Iran. Klaus Faber, Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, leitete die Diskussion. In seinem Einleitungsreferat nahm er zu der problematischen UN-Entwicklung, insbesondere zum UN-Missbrauch von Menschenrechtsthemen, Stellung.

In einer intensiven und lebhaften Debatte waren sich alle Diskussionsteilnehmer in der Ablehnung der oft antisemitischen und rassistischen Tendenzen in den UN, der Forderung nach einem Boykott von Durban II und auch darin einig, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und demokratische Staaten mehr als bisher Demokratiegrundsätze und universelle Menschenrechte verteidigen müssen.

Jüdische Gemeinde zu Berlin · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzende: Lala Süßkind · Tel.: (030) 880 28-232 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
vorstand@jg-berlin.org

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus
Sprecher: Daniel Kilpert, M.A. · Herthastr. 5 · 13184 Berlin · Tel.: (030) 69 81 83 76 · E-Mail:
kilpert@aol.com

Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: (030) 880 28-357 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
levi.salomon@jg-berlin.org

16. Dezember 2008: Zum NPD-Verbotsverfahren

Wir fordern die Politik auf, die Voraussetzungen für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren zu schaffen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert konsequentes und kontinuierliches Handeln. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus.

Wir sind bestürzt über das Attentat auf Alois Mannichl, den langjährigen Polizeichef von Passau, dessen Engagement im Kampf gegen den Rechtsextremismus weit über die Grenzen Passaus bekannt ist.

Sollte es sich bestätigen, dass der Mordanschlag auf Alois Mannichl einen rechtsextremen Hintergrund hat, würde dies eine neue, bisher unvorstellbare Qualität in der Auseinandersetzung von gewaltbereiten Rechtsextremisten mit dem Staat bedeuten.

Durch das seit langem geforderte NPD-Verbot würden den Rechtsextremen finanzielle Mittel entzogen. Ebenso würde ihnen die öffentliche Bühne genommen werden. Der Versuch der NPD, sich als wählbare Alternative darzustellen, wäre vereitelt. Schließlich scheiterte das frühere Verbotsverfahren hauptsächlich an der V-Leute-Praxis, während zweifelsfrei feststeht, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.

Wir fordern die Politik auf, die Voraussetzungen für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren zu schaffen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert konsequentes und kontinuierliches Handeln. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus. So deutlich wir für ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD eintreten, so klar lehnen wir ein neuerliches Verbotsverfahren ab, solange es keinerlei Aussicht auf Erfolg hat.

*Jüdische Gemeinde zu Berlin,
Lala Süsskind*

*Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus,
Levi Salomon*

12. November 2008: Zur Kundgebung "70 Jahre nach der Reichspogromnacht – Gegen Antisemitismus"

Bei der Kundgebung zu der

u.a. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten VVN-BdA aufgerufen hatte, trug

Dass ausgerechnet das Gedenken an die Novemberpogrome 1938 durch die Provokation eines verdeckt arbeitenden Polizeibeamten gestört wird, ist eine Beleidigung der Opfer. Wir sind empört über diese Entgleisung. Polizeibeamte, die sich als Rechtsradikale ausgeben, haben auf einer Demonstration zur Erinnerung an die Pogrome vom November 1938 nichts zu suchen.

Jüdische Gemeinde zu Berlin, Oranienburger Str. 28-31, 10117 Berlin

Vorsitzende: Lala Süsskind, Tel.: (030) 880 28-232, Fax: (030) 880 28-250,

E-Mail: vorstand@jg.berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus, Oranienburger Str. 28-31, 10117 Berlin

Vorsitzender: Levi Salomon, Tel.: (030) 880 28-357, Fax: (030) 880 28-250,

E-Mail: levi.salomon@jg-berlin.org

4. November 2008: Antisemitischer Übergriff in Charlottenburg

In der Nacht zum Sonntag fand in Berlin-Charlottenburg ein antisemitischer Übergriff auf einen US-amerikanischen Rabbiner und seine acht Schüler statt. Die Gruppe war in einem Kleinbus auf dem Weg zur Chabad Lubawitsch Synagoge in Wilmersdorf, als sie von zwei Unbekannten in einem Mercedes ausgebremst und antisemitisch beschimpft wurden. Die Täter warfen einen brennenden Gegenstand in Richtung des Kleinbusses und flüchteten unerkannt.

Übergriffe wie dieser belegen, dass Menschen, die durch ihre Kleidung oder Symbole als jüdisch zu erkennen sind, gefährdet sind, körperlich und verbal angegriffen zu werden. Dieser Fall zeigt noch einmal, wie wichtig es ist, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus

zu verstärken. Dazu ist ein jährlicher Bericht zur Antisemitismusbekämpfung der Bundesregierung nötig. Nur so können ein aussagefähiger Überblick über die Häufigkeit und Schwere derartiger Vorfälle und wirksame Präventionsmaßnahmen entwickelt werden.

Jüdische Gemeinde zu Berlin, Oranienburger Str. 28-31, 10117 Berlin

Vorsitzende: Lala Süsskind, Tel.: (030) 880 28-232, Fax: (030) 880 28-250,

E-Mail: vorstand@jg.berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus, Oranienburger Str. 28-31, 10117 Berlin

Vorsitzender: Levi Salomon, Tel.: (030) 880 28-357, Fax: (030) 880 28-250,

E-Mail: levi.salomon@jg-berlin.org

3. November 2008: Forderung zur Einigung im Bundestag über einen regelmäßigen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus fordern Einigung im Bundestag über einen regelmäßigen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus fordern die Fraktionen im Deutschen Bundestag auf, sich rasch auf eine gemeinsame Beschlussfassung zur Antisemitismusbekämpfung zu einigen und dabei an die bereits vorliegenden Vorschläge zur Einsetzung eines Bundesbeauftragten anzuknüpfen, der unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen regelmäßig einen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung erstellen und dem Bundestag zuleiten soll. „Die von einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe entwickelten Vorschläge, insbesondere die Forderung nach einem jährlichen Bundesbericht, bilden eine gute Grundlage für die Beschlussfassung, die sich zu Recht auf die Antisemitismusbekämpfung konzentrieren. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und wieder wachsender antisemitischer Strömungen, die auch die antisemitische Israelfeindschaft umfassen, ist Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen, in allen Gesellschaftsschichten, rechts, links und, wie die Bundeskanzlerin zu Recht betont hat, auch in der Mitte der Gesellschaft, sowie ebenso in Migrantengruppen, als besonders gefährliches Diskriminierungsphänomen zu bekämpfen. Antisemitismus ist kein Unterfall von Rechtsradikalismus, Rassismus oder gar von Fremdenfeindlichkeit. Antisemitismusbekämpfung sollte daher nicht mit der Abwehr dieser Erscheinungen vermischt und verbunden werden, für die es andere geeignete Instrumente gibt. Auch die Auseinandersetzung mit den antisemitischen Positionen der DDR, die nicht selten linke Strömungen im früheren Westdeutschland beeinflusst haben, ist in der Antisemitismusdebatte aufzugreifen. Die Diskussion darüber darf aber nicht die notwendige Einigung auf eine gemeinsame Position zur Antisemitismusbekämpfung behindern oder verhindern,“ erklärten die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

3. Sonstiges (Auswahl)

16.08.10 – 31.12.10: Projekt „20 Jahre Wiedervereinigung – 20 Jahre jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion

Das Projekt wurde gefördert vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Im Rahmen des Projekts entstanden zwei Dokumentarfilme sowie eine Broschüre:

Dokumentarfilm „Angekommen“ von Levi Salomon

In seinem Film *Angekommen* lässt Levi Salomon jüdische Zugewanderte der ersten und zweiten Generation aus der ehemaligen Sowjetunion zu Wort kommen. Deutlich werden dabei verschiedene Aspekte, die für eine gelungene Integration von Bedeutung sind. Besonderen Wert legen die Familien, die im Rahmen einer erleichterten Zuwanderung ab 1990 nach Deutschland gekommen sind, auf eine umfangreiche Bildung ihrer Kinder. Aber auch das Wiederentdecken und Ausleben ihrer Religion – in der ehemaligen Sowjetunion war dies nahezu undenkbar – ist ihnen ein großes Anliegen.

Der Alltag der jungen Generation verdeutlicht, dass Integration genau das bedeuten kann, was das Wort im ursprünglichen Sinn meint, nämlich das Herstellen eines Ganzen aus verschiedenen Einzelteilen. Die jungen NachwuchsmusikerInnen und SchachspielerInnen integrieren ihre kulturellen Wurzeln ganz selbstverständlich in ihr Leben in Deutschland. Sie sind angekommen.

Dokumentarfilm: „Doswidanja – Schalom – Guten Tag“ von Levi Salomon

Zuwanderung, Gegenstand vieler Debatten, ist das große Thema dieses Films. Der Regisseur Levi Salomon wirft dabei den Blick auf eine besondere Gruppe: jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Seit 1991 konnte durch den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz über die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der UdSSR über 200 000 von ihnen die Einreise nach Deutschland erleichtert werden – 20 Jahre später geht Salomon der Bedeutung der damaligen Entscheidungen nach.

Stimmungsvoll taucht sein Film in das Leben jüdischer Zuwanderer ein. Der Alltag zwischen jüdischen, russischen und deutschen Traditionen und die Suche nach neuen Identitäten werden skizziert. Längst haben sich die, denen in Deutschland die Gelegenheit gegeben wurde, ihren Glauben frei zu leben und ihren Kindern eine sichere Zukunft mit einer guten Bildung zu ermöglichen, ein neues Leben aufgebaut. Ihr Ankommen – und das ihrer Kinder und Enkel – sowohl in der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch in den jüdischen Gemeinden bildet die Essenz des Films. Sie alle haben dazu beigetragen, das Judentum in Deutschland lebendig und vielfältig zu gestalten. Aber der Film erzählt durch die Stimmen vieler Protagonisten, unter ihnen Rabbiner und deutsche Politiker wie Angela Merkel und Thomas und Lothar de Maizière, nicht nur Einzelschicksale nach – er dokumentiert ein wichtiges Stück deutscher Geschichte.

Broschüre „Doswidanja Sowjetunion – Guten Tag Deutschland“

Redaktion und Konzeption: Isabella von Hobe

Die Broschüre »Doswidanja Sowjetunion – Schalom Deutschland« einen persönlichen Einblick in die Schicksale der Zugewanderten und ihrer Kinder und zeichnet ihren von Höhen und Tiefen, Erfolgen und Misserfolgen geprägten Weg nach. Aber auch die Veränderungen, die sich daraus für die Jüdische Gemeinde zu Berlin ergeben, werden beschrieben. Denn die jüdischen Gemeinden in Deutschland unterlagen in den letzten zwei Jahrzehnten rasanten demografischen Wandlungsprozessen: Seit 1990 sind diese von rund 29.000 auf etwa 105.000 Mitglieder angewachsen, dabei stellen die Zuwanderer inzwischen knapp 80 Prozent.

In der Broschüre kommen unterschiedlichste Protagonisten dieser Zuwanderung zu Wort: Ein Maler erzählt von seiner Ankunft im Jahre 1990 und der anschließenden Odyssee durch Berliner Wohnheime. Kriegsveteranen der Roten Armee berichten über jährliche Feierlichkeiten zum Tag des Sieges. Das Interview mit der Sozialabteilung der Jüdischen Gemeinde spiegelt die Perspektive der Alteingesessenen wider und erinnert an den Flüchtlingsansturm, der sie damals vor neue Aufgaben gestellt hat. Die Mitglieder der Wissenschaftlichen Gesellschaft zu Berlin hingegen blicken auf ihre Zeit als Wissenschaftler in der Ex-Sowjetunion zurück und eine junge Familie will bei der Erziehung ihres 2003 in Berlin geborenen Sohnes jüdische, russische und deutsche Kultur zusammenbringen. Aber auch der Antisemitismus in der ehemaligen Sowjetunion, der für viele ein Grund zur Ausreise war, sowie das paradoxe Verhältnis zu Deutschland, welches ja nicht nur das sprichwörtliche »Land der Dichter und Denker«, sondern auch das der ehemaligen Nationalsozialisten ist, kommen zur Sprache. Was war das wichtigste Jahr seit ihrer Ankunft in Deutschland für sie? Gibt es in Berlin einen Ort, der bezüglich ihres Lebens in Berlin einen zentralen Stellenwert besitzt? Fragen wie diese wurden den Protagonisten gestellt – und ihre Antworten spiegeln sich sowohl in der Zeitreise als auch den Fotos von hoher symbolischer Aussagekraft wider. Für das Jahr 2010 – und somit das Ende der Zeitreise, die mit der Broschüre vollzogen wird – steht eine Diskussion von Schülerinnen und Schülern der Jüdischen Oberschule Berlin über Antisemitismus, jüdisch-russische Mütter, Strom am Schabbes und die Zukunft des Judentums. Ihr Fazit: »Das jüdische Leben in Berlin blüht auf!«

02.Januar 2010: Bericht über die dritte Konferenz des "Global Forum for Combatting Antisemitism"

Sehr geehrte Damen und Herren,
gestatten Sie mir darauf hinzuweisen, dass in "Jüdisches Berlin" ein von mir verfasster Artikel über eine der wichtigsten Konferenzen des Jahres 2009, die dritte internationale Konferenz des "Global Forum for Combatting Antisemitism", erschienen ist:

<http://www.jg-berlin.org/beitraege/details/in-der-delegitimierung-israels-zeigt-sich-das-neue-gesicht-des-antisemitismus-i256d-2010-02-01.html>

Mit freundlichen Grüßen,
Levi Salomon

In der Delegitimierung Israels zeigt sich das neue Gesicht des Antisemitismus

Die Konferenz des Globalen Forums für die Bekämpfung des Antisemitismus in Jerusalem

Im Dezember fand in Jerusalem die dritte internationale Konferenz des »Global Forum for Combating Antisemitism« (GFCA) statt. Mit mehr als 500 Teilnehmern aus über 50 Ländern ist das GFCA die derzeit größte internationale Allianz zur Bekämpfung des Antisemitismus. Das im Jahr 2000 gegründete GFCA hat als Ort des Informationsaustausches, der Vernetzung und Koordination eine zentrale Bedeutung. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin ist Mitglied des Forums und wurde bei der jüngsten Konferenz durch Levi Salomon, den Beauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus und Vorsitzenden des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), vertreten.

Aviva Raz Shechter, Leiterin der Abteilung für Antisemitismusbekämpfung im israelischen Außenministerium, brachte in Jerusalem Politiker, Wissenschaftler, Experten und Aktivisten aus aller Welt zusammen, um bei einer dicht gedrängten Tagesordnung aktuelle Entwicklungen zu diskutieren, aber auch unterschiedliche Schwerpunkte und Kontroversen zu verhandeln. Auf der Agenda standen Themen wie die Delegitimierung Israels in der internationalen Arena und Antisemitismus in der arabischen und muslimischen Welt.

Der israelische Außenminister Avigdor Lieberman beschrieb die Strategie, deren sich der gegenwärtige Antisemitismus bedient: »Statt zu sagen ‚Werft die Juden ins Meer‘ sprechen die Antisemiten von einer Welt ohne Zionismus und ohne Israel!« Der Iran stelle dabei eine zentrale Bedrohung dar. Er leugne den Holocaust, rufe zur Zerstörung Israels auf und sei bemüht, Atomwaffen zu erlangen. »All das erinnert uns daran, was vor 70 Jahren passiert ist«, sagte Lieberman.

Auch Israels Minister für Diasporafragen, Yuli Edelstein, bestätigte auf der Konferenz, dass der traditionelle Antisemitismus zunehmend durch Antizionismus und die damit verbundene Delegitimierung Israels abgelöst werde. Da es heutzutage in einigen Ländern nicht mehr zulässig sei, Hass gegen Juden offen zu äußern, manifestiere sich Antisemitismus nun in einem neuen Gewand. Edel sagte: »Es gibt keine Juden mehr. Stattdessen sind es die Israelis. Israelische Soldaten töten Babys. Israelische Soldaten greifen schwangere Mütter an. Israelis haben die Kriege im Irak und in Afghanistan angefangen«. Dies erinnere an altbekannte

Verschwörungstheorien.

Prof. Robert Wistrich, Direktor des Vidal Sassoon International Center for the Study of Anti-Semitism, unterstrich, dass der Antisemitismus nicht mehr primär vom Staat ausginge (der Iran sei eine nicht zu unterschätzende Ausnahme), sondern von der Zivilgesellschaft. Nach einer Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld stimmten über 40 Prozent der Europäer der Aussage zu, Juden versuchten, ihre Vorteile aus dem Holocaust zu ziehen. Der heutige Antisemitismus aktualisiere sich fortwährend, greife aber weiterhin auf klassische Versatzstücke und religiöse Motive zurück.



Konferenz des »Global Forum for Combating Antisemitism« Foto: Levi Salomon

Viele Delegierten problematisieren, dass Antizionismus als eine Neuformulierung der traditionellen Bedrohungen für Juden auch in akademischen und sich links verstehenden Kreisen verbreitet sei. Weltweit würden Intellektuelle, Gewerkschafter und selbst ernannte Antirassisten den Ausschluss von Israelis aus der akademischen, kulturellen und wirtschaftlichen Welt fordern und Juden als die neuen Rassisten und Nazis diffamieren. Zur Untermauerung ihrer Argumente bedienten sie sich auch bei extrem rechten Verschwörungstheorien und rechtfertigten auf diese Weise antisemitische Gewalt und Terrorismus.

Auch die inzwischen fast wieder salonfähigen Relativierungs- und Leugnungsversuche der Schoa wurden mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen. Überdies diskutierten die Konferenzteilnehmer, ob allein durch eine Holocaust-Erziehung dem neuen Antisemitismus entgegengetreten werden könne, da dieser mit Israel als »kollektivem Juden« einen neuen Schwerpunkt gewonnen habe. Auch das Erklärungsmodell, nach dem Israel seine Entstehung und Legitimation allein aus der Schoa ziehe, wurde hinterfragt, da es bedeutende historische und religiöse Argumente für das Existenzrecht ignoriere.

Ein anderes Panel der Konferenz drehte sich um das Thema »Antisemitismus online«. Auch Professor Yehuda Bauer von der Hebrew University betonte die Bedeutsamkeit der neuen Medien und plädierte dafür, anti-antisemitische Medien wie das Middle East Media Research Institute (MEMRI) stärker zu unterstützen. Zudem würden Online-Netzwerke wie Facebook und Twitter inzwischen weltweit intensiv genutzt und sollten bei der Antisemitismusbekämpfung vermehrt im Fokus stehen.

Weitere gewichtige Themen der Konferenz waren die Situation in Lateinamerika und der sich dort vergrößernde Einfluss des Irans sowie die Erstarkung nationalistischer Tendenzen in

Zentral- und Osteuropa.

Auf einer bewegenden Zeremonie in der Knesset wurden fünf Parlamentarier für ihre Arbeit geehrt – unter anderem waren dies der frühere kanadische Justizminister Irwin Cotler und der langjährige deutsche Bundestagsabgeordnete und ehemalige persönliche Beauftragte des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus, Gert Weisskirchen.

»Es ist nicht genug, eine Sitzung nach der anderen zu besuchen und immer aufgeklärter zu werden und besser zu verstehen, was wir nie verstehen werden – denn es ist gegen alle Vernunft, Moral und Logik«, mahnte Abraham Foxman, der Anti-Defamation League National Director, bereits bei der Eröffnungssitzung der Konferenz. Von der aktuellen Situation zeichnete er ein schwarzes Bild. Es gebe kein Land, so Foxman, das 2009 nicht Zeuge antisemitischer Manifestationen gewesen sei: »Seitdem wir leben, oder zumindest die meisten von uns, war die Lage noch nie ernster«. Er forderte eindringlich, dass die Welt mehr tun müsse, als Antisemitismus nur zu erfassen und zu analysieren.

In diesem Sinne ist zu hoffen, dass die Konferenz als Anlass zum Handeln verstanden wird und mithilfe der gebildeten Netzwerke neue Projekte und Initiativen entstehen, die den Kampf gegen Antisemitismus weltweit vorantreiben. Auch die Jüdische Gemeinde zu Berlin wird sich bemühen, dazu ihren Beitrag zu leisten.

Levi Salomon

23. September 2009: Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2009

Zum besseren Verständnis der Einstellungen der Bundestagskandidaten wurden ihnen von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und dem JFDA in der folgenden Anfrage drei Fragen gestellt:

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) sind seit Jahren aktiv im Kampf gegen Antisemitismus. Im Zuge der Bundestagswahlen 2009 wollen wir unseren Gemeindemitgliedern und der deutschen Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, sich über die konkreten Positionen der verschiedenen Parteien und ihrer Kandidaten zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung zu informieren.

Aus diesem Grund möchten wir den Bundestagskandidaten Ihrer Partei einige Fragen stellen und bitten um Beantwortung. Die Antworten werden der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Mit freundlichen Grüßen,
Levi Salomon

*Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus
Vorsitzender des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)*

Drei Fragen an Bundespolitiker und Kandidaten der Bundestagswahl 2009

1. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich nicht auf vermeintliche Randgruppen beschränkt, sondern ebenso in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist. Werden Sie sich als zukünftiger Abgeordneter des deutschen Bundestages mit der Antisemitismus-Bekämpfung befassen, wie sie der Bundestagsbeschluss vom 4. 11. 2008 fordert, und wenn ja, welche Schwerpunkte werden Sie setzen?
2. Nach wie vor sind rechtsradikale Organisationen sehr präsent in der deutschen Gesellschaft. Auch die NPD kann weiterhin ungestört legale Strukturen nutzen, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Wie sollte die deutsche Politik dieser Entwicklung begegnen und was werden Sie persönlich unternehmen?
3. Auch islamischer Antisemitismus ist in Deutschland keine Randerscheinung. Wie schätzen Sie die Gefahr ein und wie kann man Ihrer Ansicht nach gegen islamischen Antisemitismus vorgehen?

Die Antworten der einzelnen Kandidaten finden Sie auf diesen Seiten:

<http://www.jg-berlin.org/ueber-uns/jfda/wahlpruefsteine.html>

Wahlprüfsteine

- [SPD](#)
- [Bündnis 90/ Die Grünen](#)
- [Die Linke](#)
- [CDU](#)
- [FDP](#)

17. Juli 2009: Nachbereitung der Veranstaltung mit Prof. Cotler

Rückblick auf den Vortrag „**Westliche Demokratien, Iran und die Verhinderung von Völkermord**“ mit **Prof. Irwin Cotler** und der anschließenden Podiumsdiskussion mit Mohammed Schams, Klaus Faber und Sacha Stawski am 02.07.09 in Berlin, zu dem der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus und The Israel Project eingeladen haben.

Prof. Irwin Cotler ist eine weltweit anerkannte Autorität auf dem Gebiet des Völkerrechts und der Menschenrechte, Mitglied des kanadischen Parlaments (Liberal Party CA), ehemaliger Justizminister und Generalstaatsanwalt Kanadas sowie ehemaliger Präsident des Canadian Jewish Congress.

Diesem Rückblick können Sie Folgendes entnehmen:

1. Audio-Mitschnitt
2. Pressespiegel

1. Audio-Mitschnitt von Vortrag und Podiumsdiskussion

Download unter:

<http://www.file-upload.net/download-1762551/1-090702-Pressekonferenz.mp3.html>

http://www.file-upload.net/download-1762729/Podiumsdiskussion_64.mp3.html

2. Pressespiegel

a. The Jerusalem Post: “Cotler blasts Germany's economic support for Iran” by Benjamin Weinthal

BERLIN - The former Canadian justice minister and Liberal Party MP Irwin Cotler has urged the German government to take a leadership role within the EU and impose tough multipronged sanctions on the Islamic Republic of Iran.

"Germany is uniquely placed to take leadership... Germany can speak with moral authority born out of its understanding of state-sanctioned incitement to genocide," he said, speaking Thursday at a forum at the Berlin Jewish Community Center entitled "Western Democracies, Iran and the prevention of Genocide."

The forum was sponsored by the Coordinating Council of German Nongovernmental Organizations Against Anti-Semitism.

Cotler, who had represented Jewish Agency Chairman Natan Sharansky while the latter was imprisoned in the former Soviet Union, is the Liberal Party's special counsel on human rights

and international justice.

"Here is an opportunity for leverage," said Cotler about Germany's \$5.7 billion-dollar trade relationship with Iran.

Weiter:

<http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1246443717126&pagename=JPost/JPArticle/ShowFull>

b. TAZ: "Irans Regierung ruft zum Mord auf ", INTERVIEW CIGDEM AKYOL

Iran Kanadas Exjustizminister strebt eine Klage gegen Ahmadinedschad an. Die Machthaber des Landes, sagt er, dämonisierten die Juden, und die Welt schaut zu

taz: Herr Cotler, der alte und neue iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad lobt sein Land als das demokratischste der Erde. Wie viel Zynismus steckt dahinter?

Irwin Cotler: Wann immer der Machthaber Ahmadinedschad spricht, steckt eine Menge Zynismus dahinter.

Weiter:

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=tz&dig=2009%2F07%2F07%2Fa0146&cHash=1513080347>

c. The Canadian Jewish news: „Cotler urges Germany to clamp down on Iran” by Benjamin Weinthal

BERLIN - Former Canadian justice minister and current Liberal MP Irwin Cotler is urging the German government to take a leadership role within the European Union and impose tough, multi-pronged sanctions on Iran.

”Germany is uniquely placed to take leadership - Germany can speak with moral authority born out of its understanding of state-sanctioned incitement to genocide,” said Cotler, a Mount Royal MP and the Liberal party’s special counsel on human rights and international justice.

Weiter:

http://www.cjnews.com/index.php?option=com_content&task=view&id=17284&Itemid=86